



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Research Centre Global Dynamics
ReCentGlobe

ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUT
FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN

EFBI POLICY PAPER

3 | 2021

Kontakt: Pia Siemer
T: +49 341 97-37892 | M: pia.siemer@uni-leipzig.de

DIE LANDTAGSWAHLEN 2019 IN SACHSEN IM KONTEXT DER SOZIAL-, WIRTSCHAFTS- UND INFRASTRUKTUR AUF GEMEINDEEBENE

MARIUS DILLING, JOHANNES KIESS

ABSTRACT

Wahlergebnisse variieren teilweise deutlich zwischen den Wahlkreisen und Regionen eines politischen Gemeinwesens. Viele Analysen differenzieren entsprechend bereits am Wahlabend und berichten detailliert über Hochburgen der verschiedenen Parteien. Von besonderem Interesse ist dabei, welche strukturellen Unterschiede in einem Land sich auch im Wahlergebnis niederschlagen. Das dritte EFBI Policy Paper untersucht anhand der sächsischen Landtagswahl 2019, ob sich sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Unterschiede im Freistaat in Wahlergebnissen niederschlagen. Es lässt sich unter Verwendung von Daten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und des Statistischen Landesamts zeigen, dass die Zweitstimmenergebnisse tatsächlich mit der sozialen und wirtschaftlichen Struktur sowie der infrastrukturellen Versorgung einer Gemeinde zusammenhängen. Am ehesten trifft dies auf die Ergebnisse der AfD,

der Grünen und der Linken zu. Aber auch die Ergebnisse der anderen Parteien lassen sich entlang sozial-, wirtschafts- und infrastruktureller Variablen deuten. Gleichzeitig wird deutlich, dass Erklärungen komplizierter als eine einfache Stadt-Land-Dichotomie sind. Die Ergebnisse verweisen auf die Relevanz sozialraumnaher Forschung, um lokale und regionale Spezifika der politischen Kultur zu verstehen.

ELSE
FRENKEL -
BRUNSWIK
INSTITUT
FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN

EXECUTIVE SUMMARY

Für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger sowie zivilgesellschaftliche Akteure auf kommunaler Ebene ist das lokale sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Umfeld handlungsrelevant. Demokratiestärkende Arbeit und politische Entscheidungen sind abhängig von Bedingungen und Stimmungen vor Ort. Umfragedaten und Studien, die für Deutschland oder allenfalls das Bundesland repräsentativ sind, können hierfür nur Anhaltspunkte bieten. Strukturdaten auf Gemeindeebene, wie sie das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen zur Verfügung stellen, können an dieser Stelle helfen, Ungleichheiten, Bedarfe und eventuell auch Lösungsansätze auf Gemeindeebene zu identifizieren.

Es zeigt sich zunächst, dass sich jeweils für alle Parteien Gemeinden identifizieren lassen, in denen sie bei Wahlen besonders erfolgreich abschneiden bzw. eher randständig bleiben. Welche Parteien besonders erfolgreich sind, wird dabei bestimmt durch die Bedingungen, unter denen Menschen leben, die politischen Entscheidungsspielräume in ihrem Lebensumfeld und die lokalen politischen Traditionen. Unsere Ergebnisse belegen zudem, dass die Erfolge und Misserfolge der jeweiligen Parteien mit den unterschiedlichen sozial-, wirtschafts- und infrastrukturellen Bedingungen der Gemeinden in Zusammenhang stehen. Dabei ist entscheidend, ob Unterschiede auch als Ungerechtigkeiten wahrgenommen werden, als Infragestellung des Grundsatzes gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland. Solcherart Wahrnehmungen können in politische Stimmungen Eingang finden und das politische Gemeinwesen belasten. Mit der vorliegenden Analyse der sozial-, wirtschafts- und infrastrukturellen Daten möchten wir der Zivilgesellschaft und den Kommunen nützliche Informationen bieten, um die politischen Effekte der beschriebenen Unterschiede und Ungleichheiten sowie lokale Kontinuitäten und Dynamiken besser verstehen und bearbeiten zu können. Unser Interesse gilt hier nicht der Vorhersage von Wahlergebnissen auf Wahlkreis- oder Landesebene, sondern den sozial-, wirtschafts- und infrastrukturellen Einflussfaktoren dieser Wahlentscheidungen selbst. Diese Faktoren beschreiben wir im vorliegenden Policy Paper und können auf dieser Basis folgende zentrale Ergebnisse herausstellen:

- Das Zweitstimmenergebnis auf Gemeindeebene aller im sächsischen Landtag vertretenen Parteien lässt sich zu einem relevanten Teil, aber bei weitem nicht vollständig durch das sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Umfeld vor Ort erklären. Als besonders wichtige Prädiktoren erweisen sich die Arbeitslosenquote und das Geschlechterverhältnis in einer Gemeinde. Ob eine Gemeinde wächst oder schrumpft ist ebenfalls ein wichtiger Faktor für die Wahlentscheidung. Aber auch die Infrastruktur, der Zugang zu Orten des täglichen Bedarfs und kommunale Gestaltungsmöglichkeiten sind als weitere Faktoren zu nennen.
- Die Ergebnisse der AfD, der Grünen und der Linken lassen sich auf Basis unserer Daten und Modellierung am besten voraussagen.
- Erfolgreich ist die AfD in Sachsen vor allem in Orten mit einer hohen Arbeitslosenquote, einem niedrigen Frauenanteil sowie langen Wegen zu Stationen des täglichen Bedarfs (Apotheke, Supermarkt, Grundschule, ÖPNV-Haltestelle). Auch sind diese Orte durch ein Mehr an Fort- gegenüber Zuzügen und ein Mehr an Sterbefällen gegenüber Geburten gekennzeichnet. Es wird deutlich, dass die AfD in schrumpfenden Gemeinden erfolgreich ist.

- In einem gänzlich anderen Kontext stehen die Wahlerfolge von Bündnis90/Die Grünen und der Partei Die Linke: Sie sind vor allem in städtischen und infrastrukturell besser angebundenen Gemeinden mit wenig Menschen in Arbeitslosigkeit erfolgreich. Dieser Befund betrifft durchaus nicht nur die beiden größten Städte in Sachsen, Leipzig und Dresden, ist hier aber besonders sichtbar.
- In ländlichen, kleineren Gemeinden ist die CDU vor allem in wachsenden Gemeinden mit hoher Fahrtzeit zum nächsten IC/EC/ICE-Bahnhof – also eher abseits von Leipzig und Dresden – erfolgreich. Gegenüber der AfD sind es also in der Analyse sozialstrukturelle Faktoren, die den Ausschlag für die CDU geben. Gegenüber der Partei Die Linke und Bündnis90/Die Grünen ist es eher die Anbindung an überregionale Infrastruktur, die den Unterschied macht.
- Für alle Parteien gilt, dass – unabhängig von Sonderfällen – langfristige Entwicklungslinien des Ortes eine Rolle spielen, die in den herangezogenen Daten teilweise ihren Ausdruck finden. Dies verweist auf die Relevanz des politischen Klimas vor Ort und die Bedeutung, die lokale Politikerinnen und Politiker spielen. Hier kann die am Else-Frenkel-Brunswik-Institut durchgeführte, sozialräumlich orientierte Forschung einen wichtigen Beitrag leisten, Dynamiken und Kontinuitäten zu verstehen.

FORSCHUNGSSTAND, ANSATZ UND ZIELSETZUNG

Mit der vorliegenden Untersuchung soll der Zusammenhang zwischen Sozial-, Wirtschafts- und Infrastruktur und Wahlentscheidungen der Bürgerinnen und Bürger auf der Ebene der Gemeinden in Sachsen analysiert werden.¹ Die Analyse stützt sich dabei auf lokale Strukturdaten, die das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) und das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen zur Verfügung stellen. Diese Daten erlauben die Erfassung von Stadt-Land-Unterschieden sowie von sozial-, wirtschafts- und infrastrukturellen Faktoren hinsichtlich der Erklärung von Wahlergebnissen auf Gemeindeebene. Vor allem aber, und darauf kommt es uns im Folgenden besonders an, ermöglichen uns diese Daten, den Aspekt des politischen Gestaltungsspielraums in den Blick nehmen. Daneben baut unsere Untersuchung auf Ergebnissen bereits vorliegender Studien auf, die wir im Folgenden kurz diskutieren.

In den letzten Jahren erfuhren die Wahlergebnisse der AfD besondere Aufmerksamkeit. So wurde bereits mehrfach festgestellt, dass die AfD in jenen Wahlkreisen und Regionen häufiger gewählt wird, die durch Alterung, Abwanderung und wirtschaftliche Benachteiligung geprägt sind, da in diesen Regionen auch eine geringere Zufriedenheit mit der Demokratie vorzufinden ist (Franz et al. 2018; Meisner 2019; Brachert et al. 2020). Zudem scheinen eine hohe Arbeitslosenquote, ein geringer Anteil an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sowie ein im bundesweiten Vergleich geringerer Anteil von Menschen mit höherer Bildung in einem Kreis die Wahlchancen dieser antidemokratischen Partei zu erhöhen (Giebler und Regel 2017). Während diese Zusammenhänge weitestgehend bestätigt sind, existieren zur Erklärung der Wahlergebnisse darüber hinaus eine Reihe von Ansätzen, die teilweise kontrovers diskutiert werden.

Der Zusammenhang zwischen prekären Lebensumständen (z.B. niedrige Bildung, Arbeitslosigkeit, geringes Einkommen) sowie den Transformationsprozessen strukturschwacher Regionen (Überalterung, weniger Geburten als Sterbefälle und Abwanderung) einerseits und Wahlentscheidungen andererseits wird häufig mit Verweis auf die *Modernisierungsverliererthese* diskutiert (Spier 2010, Lengfeld 2017; Decker et al. 2010). Daneben hat Armin Schäfer (2012, 2015; Schäfer et al. 2013) nachgewiesen, dass auch die Wahlbeteiligung zwischen Stadtteilen unterschiedlichen Wohlstands sehr stark variiert. In ärmeren liegt sie deutlich unter jener in wohlhabenden Quartieren. Die Studienlage bezüglich der Parteienpräferenz erscheint allerdings unklar: Lengfeld (2017) und Schröder (2018) sprechen objektiven Deprivationsfaktoren in Bezug auf AfD-Wählerinnen und -Wähler einen signifikanten Einfluss ab, während Lux (2018) zu einer gegenteiligen Einschätzung gelangt. Eine Studie vermutet zudem, „dass die demografische Entwicklung in den weniger verdichteten Räumen auch ein Gefühl der Perspektivlosigkeit mit sich bringt, wodurch Vertrauen in etablierte Parteien zu erodieren droht“ (Franz et al. 2018, S. 136, S. 144). Zunehmende Benachteiligung berichten eher Menschen in kleineren Gemeinden und hier für die Bereiche öffentlicher Personennahverkehr, ärztliche Versorgung, Polizeipräsenz, Einkaufsmöglichkeiten sowie Bildungseinrichtungen (für Sachsen: Infratest dimap 2019). Das subjektive Gefühl, „irgendwie abgehängt zu sein“, und objektiv ungleiche Lebensverhältnisse sind natürlich nicht vollstän-

dig losgelöst voneinander: Salomo (2019) konnte zeigen, dass durch einen zunehmenden Überhang an Männern in einer Region – einem Teilaspekt demografischer Homogenität – das Gefühl induziert wird, bei der Partnerwahl demografisch abgehängt zu sein. Dieses Gefühl äußert sich in der Folge auch in ethnozentrischen Einstellungen und einer Unzufriedenheit mit der Demokratie. Von demografischer Homogenität – dem Zusammentreffen ungünstiger Bevölkerungsentwicklungen wie hoher Abwanderungsraten, einer stark alternden Bevölkerung und eines Überhangs von Männern im heiratsfähigen Alter – sind vor allem ländliche Regionen betroffen (ebd.). In einer Analyse der sächsischen Landtagswahl 2004 konnten Kroehnert und Klingholz (2007) außerdem zeigen, dass Männer nicht nur überproportional häufig die NPD gewählt haben, sondern sich partnerlose Männer allgemein überproportional häufig benachteiligt fühlen.

Zu den Strukturfaktoren treten häufig *lokale politische und kulturelle Milieus und Traditionen*. Verschiedene Arbeiten haben gezeigt, dass die AfD dort besonders erfolgreich ist, wo früher schon die NPD (Richter und Bösch 2017) oder noch früher die NSDAP erfolgreich war (Davide et al. 2019). Kontinuitätslinien lassen sich auch für die Milieus der SPD in Industrievierteln sowie der CDU (und ihrer Vorgängerparteien) vor allem in katholischen Gemeinden und Regionen nachweisen. Auch wenn das sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Umfeld lediglich den Kontext für individuelle Einstellungen und Wahlentscheidungen darstellt (Berg und Üblacker 2020, S. 33), hat eine klassische Studie der empirischen Sozialforschung bereits vor fast 90 Jahren nachweisen können, dass politische Einstellungen und damit auch das Wahlverhalten durch dieses Umfeld beeinflusst wird (Jahoda et al. 1933).

Dass ein geringer Anteil an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft die Wahlchancen antidemokratischer Parteien erhöht, wird in der Literatur mit Verweis auf die sogenannte *Kontakthypothese* begründet (Allport 1954; Pettigrew und Tropp 2006). Diese besagt, dass der Kontakt zu Fremdgruppen Vorurteile gegenüber denselben verringert. Parteien wie die AfD mobilisieren solche Vorurteile und sind infolgedessen dort besonders stark, wo bereits vor ihrem Antritt zur Wahl Vorurteile verbreitet waren. Anknüpfend an die Kontakthypothese könnte auch die demokratische Kultur eine Rolle spielen, wie es die bereits erwähnten historischen Kontinuitäten politischer Kultur nahelegen: Dort, wo die Abwertung Anderer bereits verbreitet ist und demokratische Normen nicht mehr selbstverständlich sind, bleibt der Widerspruch gegen antidemokratische Parteien in der Folge oft schwach.

Die vorliegende Analyse besitzt auch eine demokratiepolitische Relevanz: Das Grundgesetz beinhaltet hinsichtlich der konkurrierenden Gesetzgebung zwischen Bund und Ländern ein Gestaltungsrecht des Bundes, um im Bundesgebiet „gleichwertige Lebensverhältnisse“ (GG Art. 72 Abs. 2) herzustellen. Auf dieser Grundlage werden bspw. Infrastrukturprojekte in strukturschwächeren Regionen durch den Bund finanziert oder subventioniert.

Auch die Europäische Union ist der zumindest tendenziellen Angleichung von Strukturbedingungen verpflichtet und finanziert entsprechende Förderprogramme (Kohäsionspolitik). Für den Freistaat Sachsen sind in Artikel 7 der Verfassung des Freistaates ebenfalls grundsätzliche Rechte unter anderem bezüglich Bildung, angemessenem Wohnraum und Arbeit verankert, die einen Ausgleich zwischen

1 Die individuelle Wahlentscheidung wird durch eine Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Für einen Überblick einflussreicher theoretischer Ansätze der Wahlforschung siehe im Anhang die Rubrik „klassische Ansätze der Wahlforschung“.

den Regionen bezüglich der Lebensverhältnisse notwendig machen. Nichtsdestotrotz existieren zwischen den Regionen deutliche Unterschiede bspw. hinsichtlich der Verdienst- und Bildungsmöglichkeiten, aber auch im Hinblick auf Angebote der Nahversorgung. Bei der Betrachtung dieser Unterschiede spielt auf jeder politischen Ebene – Land, Bund und Europa – das Gerechtigkeitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Rolle. So können Ungleichheiten als ungerecht empfunden werden und sich Menschen in schwächeren Regionen abgehängt und als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klas-

se fühlen. Wahrnehmungen dieser Art haben Einfluss auf politische Stimmungen vor Ort und können das politische Gemeinwesen belasten – insbesondere dann, wenn der empfundene Mangel an Anerkennung von politischen Entscheidungsträgern nicht ernst genommen wird und Investitionen ausbleiben. Eine Folge daraus ist, dass „der Politik“ grundsätzlich die Gestaltungsfähigkeit (oder der Wille zur Gestaltung) abgesprochen wird und zunehmende Aggressionen zu sozialer Regression – Ausgrenzung und Abwertung anderer, Konformismus, Resignation – führen.

DATENGRUNDLAGE: LANDTAGSWAHL 2019 UND STRUKTURDATEN

Die folgende Analyse bezieht sich auf die Gemeindeebene. Für diese liegen Daten der sächsischen Landtagswahl 2019 vor (Landeswahlleiter 2019). Damit können wir in einem ersten Schritt die Wahlergebnisse grafisch darstellen. Das BBSR stellt für ganz Deutschland Strukturdaten auf Verwaltungsgemeinschaftsebene bereit (www.inkar.de), während das Statistische Landesamt des Freistaates Sachsen den Statistischen Bericht zur Sächsischen Gemeindestatistik (2020) zur Verfügung stellt. Die Sozial-, Wirtschafts- und Infrastrukturdaten des BBSR und des Statistischen Landesamtes haben wir mittels des jeweiligen Verwaltungsgemeinschaftsnamens² und des Amtlichen Gemeindegrenzen (AGS) mit den Daten der Wahlergebnisse auf Gemeindeebene zusammengeführt. Auf Grund fehlender Werte in der Sächsischen Gemeindestatistik liegen uns für die nachfolgenden Berechnungen Daten für 334 der 419 Gemeinden vor.³

In unserer Untersuchung beziehen wir uns auf das *Zweitstimmenergebnis* einzelner Parteien, also das Ergebnis der Listenwahl, nicht die Wahlerfolge der Direktkandidaten. Entsprechend wurden aus der amtlichen Statistik die relativen Stimmenanteile für die fünf im sächsischen Landtag vertretenen Parteien errechnet: die Alternative für Deutschland (AfD), Bündnis90/Die Grünen (Grüne), die christlich-demokratische Union (CDU), Die Linke sowie die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Diese prozentualen Stimmenanteile setzten wir in Relation zu sozial-, wirtschafts- und infrastrukturellen Kennzahlen. Für jede der 2019 in den sächsischen Landtag eingezogenen Parteien wurde anschließend eine Regressionsanalyse durchgeführt. Mit diesem Verfahren können die Zusammenhänge der Einflussfaktoren mit dem Zweitstimmenergebnis in Relation zueinander betrachtet werden (siehe Rubrik: statistische Grundbegriffe).

Als *sozialstrukturelle Faktoren* berücksichtigen wir die Größe der Gemeinden anhand ihrer Gesamtbevölkerung, den Anteil der in der Gemeinde wohnhaften Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft,

den natürlichen Saldo je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (Verhältnis der Geburten und Sterbefälle), das Verhältnis der Fort- und Zugzugsrate je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner sowie den Frauenanteil für das Berichtsjahr 2019. Diese Indikatoren bilden wichtige Elemente der Sozialstruktur ab und zeigen auf, ob es sich in zeitlicher Nähe zur Landtagswahl 2019 um bevölkerungsreiche oder kleine, wachsende oder schrumpfende Gemeinden handelt.

Als *wirtschaftsstrukturelle Faktoren* gehen in unsere Analyse der Schuldenstand und die Steuereinnahmekraft jeweils je Einwohnerin und Einwohner sowie der Anteil der Erwerbslosen im erwerbsfähigen Alter und die Zahl der Gemeinde-Beschäftigten (Personalstand) je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner ein.⁴ Mit Ausnahme der Zahlen zur Arbeitslosigkeit entstammen diese Daten dem Berichtsjahr 2019. Bei den Zahlen zur Arbeitslosigkeit handelt es sich um jene aus dem Jahr 2017 – die aktuellsten verfügbaren Daten beim BBSR zur Arbeitslosigkeit auf der Ebene der politisch selbständigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften. Diese Kennzahlen spiegeln zum einen die lokale Wirtschaftskraft bzw. das Einkommen der Menschen wider, zum anderen aber auch die Gestaltungskraft der öffentlichen Verwaltung.

Schließlich berücksichtigen wir eine Reihe von Indikatoren für die *Infrastruktur*, darunter die Breitbandversorgung (Anteil der Haushalte mit mind. 50 mBit/s), die Erreichbarkeit von Autobahn und IC/EC/ICE-Bahnhof sowie die gewichtete Luftliniendistanz zu wichtigen Stationen des täglichen Bedarfs als Index (Apotheke, Grundschule, Supermarkt und ÖPNV-Haltestelle). Die zugrunde liegenden Daten stammen aus dem Jahr 2017 und sind damit die aktuellsten, die das BBSR für die politisch selbständigen Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften zur Verfügung stellt. Des Weiteren beziehen wir mit ein, ob ein Gymnasium in der Gemeinde vorhanden ist (2019). Wie bereits erwähnt, verweist die Literatur zum Thema darauf, dass die Verfügbarkeit dieser und weiterer Infrastruktur die Wahrnehmungen der Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürger und damit ihre Einstellungen sowie Wahlentscheidungen beeinflusst. Für eine Übersicht der verwendeten Indikatoren und ihre Lage- und Streuungsmaße siehe Tabelle A1 im Anhang. Die Ergebnisse aller im Folgenden vorgestellten Berechnungen sind ebenfalls im Anhang in Tabelle A2 noch einmal mit statistischen Details zusammengefasst.

2 Die Daten des BBSR lagen teilweise auf Verwaltungsgemeinschaftsebene und nicht auf Gemeindeebene vor. Das bedeutet beispielhaft, dass das BBSR Informationen über den Anteil der Haushalte mit einem Breitbandausbau von mindestens 50 mBit/s für die Verwaltungsgemeinschaft Pulsnitz bereitstellt. Diesen Wert haben wir auf die Teilgemeinden Großnaundorf, Lichtenberg, Ohorn und Steina übertragen.

3 Für 85 der 419 politisch selbständigen Gemeinden in Sachsen liegen keine Informationen zum Anteil an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft vor (siehe auch Abbildung 15 im Anhang). Für diese Gemeinden ist laut Statistischem Landesamt der „Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten“ (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2021). Das betrifft vor allem sehr kleine Gemeinden. Darüber hinaus liegen für mehrere Variablen keine aktuellen Werte für die Gemeinde Kitzscher bereit (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2020). Das betrifft den Schuldenstand der Gemeinde, die Steuereinnahmekraft sowie den Personalstand im öffentlichen Dienst. Für die Gemeinde Kitzscher haben wir daher die Werte aus dem letzten Berichtsstand von 2019 händisch ergänzt (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen 2019).

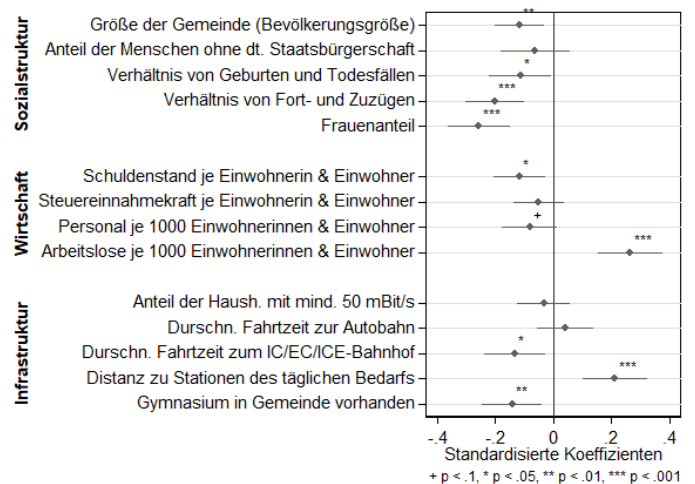
4 Die Korrelation des – ursprünglich mit einbezogenen – Ist-Aufkommens der Gewerbesteuer mit der Größe der Gemeinde (gemessen an der Gesamtbevölkerung) ist sehr hoch. Das deutet auf ein mögliches Problem der Multikollinearität hin, auf welches auch der Varianzinflationsfaktor hinweist. Da wir die Größe der Gemeinde für eine nicht verzichtbare Kontrollvariable für Wahlverhalten betrachten, lassen wir das Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer unberücksichtigt.

WAHLERGEBNISSE UND STRUKTURELLE ERFOLGSBEDINGUNGEN BEI DER LANDTAGSWAHL 2019

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)

Abbildung 1 bietet einen Überblick über die Wahlergebnisse der AfD auf Gemeindeebene mit einer großen Spannweite von 17,3 bis 48,4 %. In den beiden größten Städten Sachsens, Dresden und Leipzig, liegen die Werte niedriger als in den meisten ländlichen Gemeinden. In den Gemeinden um Räckelwitz (Kreis Bautzen) liegt der Anteil ebenfalls niedrig, in anderen ländlichen Gemeinden reicht der Anteil dagegen bis auf knapp 50 % heran. Dies gibt einen ersten Hinweis darauf, dass neben groben Unterscheidungen wie „Stadt/Land“ auch lokale Besonderheiten eine Rolle spielen. Dennoch lassen sich Muster identifizieren. In Abbildung 2 haben wir die relative Stärke der Zusammenhänge des Zweitstimmenanteils der AfD auf Gemeindeebene mit den oben angeführten Indikatoren dargestellt. Es zeigt sich allem voran, dass die AfD in Gemeinden stark ist, deren Bevölkerungszahl vergleichsweise niedrig ist und weiter schrumpft (die Zahl der Geburten liegt unter der Zahl der Todesfälle und mehr Menschen ziehen aus dem Ort weg als hinzu) und die einen Überhang an Männern aufweisen. Überraschend ist hingegen, dass der Anteil der Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft bei der gleichzeitigen Betrachtung aller anderen Faktoren keinen Einfluss auf die Zweitstimmenabgabe zu Gunsten der AfD aufweist. Der einfache Zusammenhang mit dem AfD-Zweitstimmenanteil (bivariate Korrelation $r = -.16^{***}$) und bisherige Ergebnisse in der Literatur würden dies nahelegen. Bezieht man jedoch die

Abbildung 2: Regressionsanalyse AfD



Größe der Gemeinde mit ein, so ist dieser Effekt zu vernachlässigen. Der wirtschaftliche Einflussfaktor mit dem stärksten Zusammenhang ist die Zahl der Arbeitslosen in der jeweiligen Gemeinde: Je mehr Arbeitslose gemeldet sind, desto höher fällt das AfD-Ergebnis aus. Eine geringere Erklärungskraft, haben der Schuldenstand und die Anzahl der Angestellten in der Gemeinde. Auch wenn der Effekt in beiden Fällen nicht sehr groß ist (und sich bei letzterem mit einem

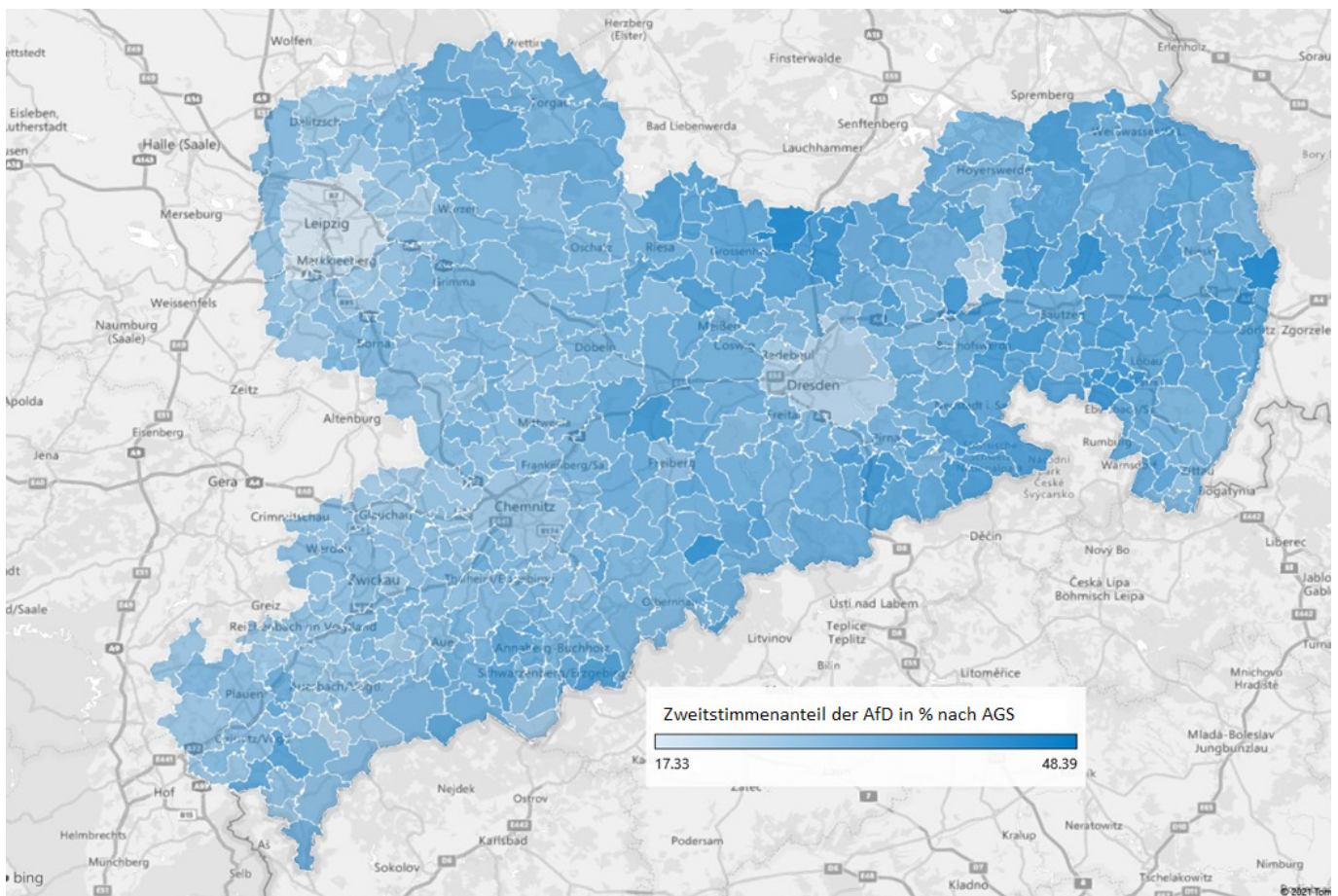


Abbildung 1: Zweitstimmenanteil der AfD bei der sächsischen Landtagswahl 2019 in Prozent

p-Wert von 0.092 an den Grenzen der statistischen Bedeutsamkeit bewegt), bleibt anzunehmen, dass dort, wo relativ wenig Personal im öffentlichen Dienst zur Verfügung steht und Politik sowie Verwaltung weniger leistungsfähig sind, eher die AfD gewählt wird. Die beobachteten Indikatoren für eine ökonomische Schiefelage einer Gemeinde zeichnen ein Bild, dass vor dem Hintergrund der Modernisierungsverliererthese überrascht: Die Summe der eingenommenen Steuern steht in keinem Zusammenhang mit dem AfD-Zweitstimmenanteil (die Modernisierungsverliererthese würde ein niedrigeres Steueraufkommen als AfD-begünstigenden Faktor nahelegen); ein hoher Schuldenstand der Gemeinde verringert, wie bereits erwähnt, tendenziell sogar das Ergebnis der AfD (die Modernisierungsverliererthese würde das Gegenteil nahelegen). Nur der Effekt einer höheren Arbeitslosigkeit spricht für die Modernisierungsverliererthese.

Auch die *Infrastrukturindikatoren* deuten darauf hin, dass die AfD eher dort erfolgreich ist, wo die Versorgung weniger gut ausgebaut ist: je größer die Entfernung zu Stationen des täglichen Bedarfs (Apotheke, Grundschule, Supermarkt und ÖPNV-Haltestelle), desto höher der Zweitstimmenanteil der AfD. Auch andere infrastrukturelle Faktoren, wie z.B. der Breitbandausbau (Zusammenhang zum AfD-Zweitstimmenanteil $r = -.24^{***}$) und die Fahrtzeit zur nächsten Autobahn-Anschlussstelle ($r = .20^{***}$), lassen erkennen, dass die AfD in Regionen, die als „abgehängt“ apostrophiert werden, erfolgreich ist. Allerdings besitzen diese Faktoren in der multiplen Regression keine statistische Bedeutsamkeit, da die Effekte durch andere Faktoren verdeckt werden. Dagegen wirkt sich eine hohe Entfernung zum nächsten Fernverkehrs-Bahnhof leicht negativ auf das Ergebnis der AfD aus. Das Vorhandensein eines Gymnasiums in der Gemeinde hängt durchschnittlich mit einem niedrigeren Zweitstimmenanteil der AfD zusammen. Das R^2 (ein Maß für die durch das Modell aufgeklär-

te Varianz) liegt in diesem Modell bei 0,36 (ein Wert von 1 würde eine vollumfängliche Erklärung bedeuten).

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Für Bündnis90/Die Grünen zeigt Abbildung 3, dass sie besonders in den Städten höhere Zweitstimmenanteile erreichen. Dies trifft insbesondere auf Dresden und Leipzig, aber auch auf kleinere Städte wie Chemnitz, Freiberg oder Görlitz zu. Auch die in Abbildung 4 dargestellte relative Stärke unterschiedlicher Einflussfaktoren birgt ein eindeutiges Ergebnis: Die Größe der Gemeinden, der Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern ohne deutsche Staatsbürgerschaft und der Frauenanteil hängen mit dem Zweitstimmenanteil der Grünen zusammen. In großen Gemeinden, wo zudem viele Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und Frauen wohnen, finden sich antei-

Abbildung 4: Regressionsanalyse Bündnis 90/Die Grünen

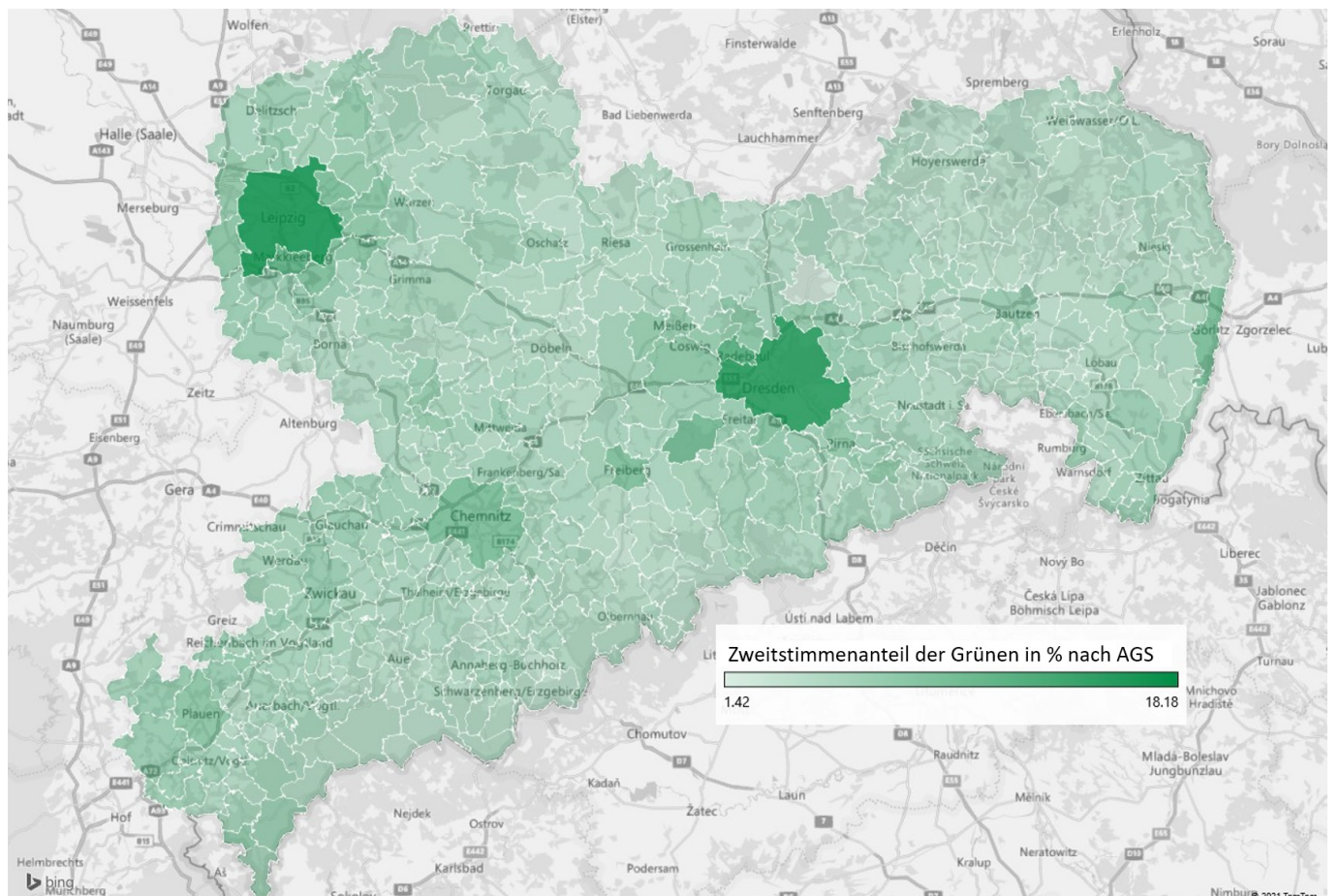
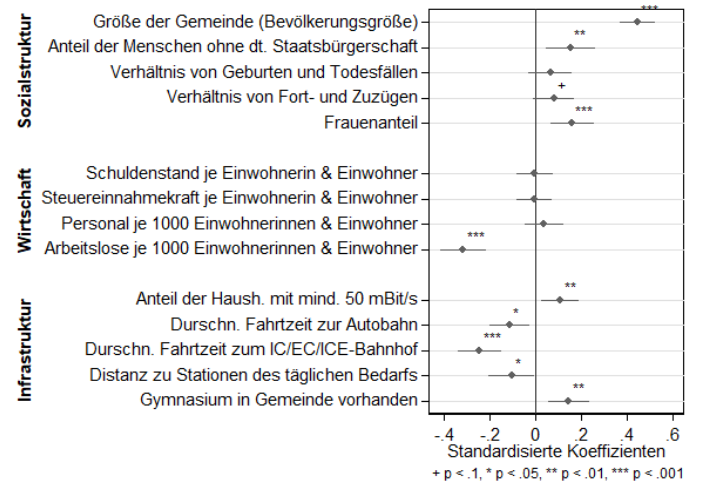


Abbildung 3: Zweitstimmenanteil der Grünen bei der sächsischen Landtagswahl 2019 in Prozent

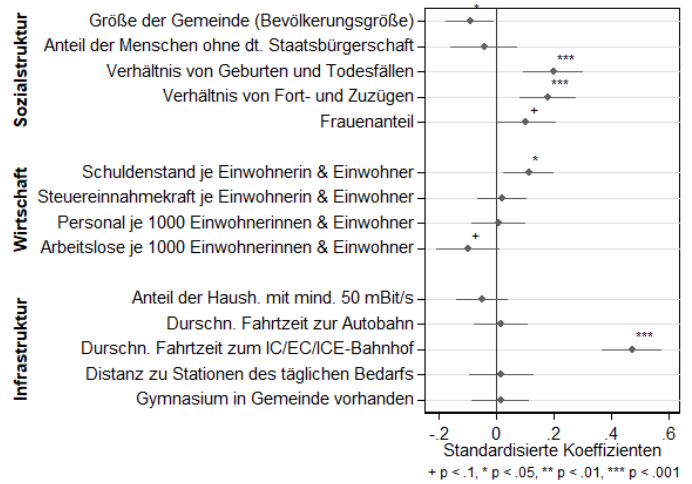
lig auch mehr Wählerinnen und Wähler der Grünen. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Faktoren zeigt sich ein starker Zusammenhang zwischen niedriger Arbeitslosigkeit und dem Anteil der Zweitstimmenabgabe zu Gunsten der Grünen. Die anderen wirtschaftsstrukturellen Variablen sind hingegen unbedeutend.

Infrastrukturell gesehen steht der hohe Wähleranteil der Grünen in Zusammenhang mit geringer Distanz zu Stationen des täglichen Bedarfs (Apotheke, Grundschule, Supermarkt und ÖPNV-Haltestelle), einer geringeren Fahrtzeit zum nächsten IC/EC/ICE-Bahnhof und zur nächsten Autobahn-Anschlussstelle. Der Breitbandausbau besitzt ebenfalls einen moderaten positiven Effekt auf den Zweitstimmenanteil der Grünen. Auch das Vorhandensein eines Gymnasiums wirkt sich positiv auf die Ergebnisse der Grünen aus. Sie sind also vor allem in urbanen und infrastrukturell gut angebundenen Gemeinden erfolgreich. Dies sind, wahrscheinlich in Folge des wirtschaftlichen Wachstums, ebenfalls Gebiete mit erhöhtem Zuzug, nicht zuletzt auch aus dem Ausland. Insgesamt ist im Vergleich festzustellen: Dort wo die Grünen stark sind, ist die AfD schwach und vice versa. Das R² liegt für dieses Modell bei 0,59, was bedeutet, dass wir die Varianz des Zweitstimmenanteils für die Grünen mit diesem Modell gut erklären können.

CHRISTLICH DEMOKRATISCHE UNION (CDU)

Für die Zweitstimmenergebnisse der CDU gibt Abbildung 5 einen Überblick auf Gemeindeebene. Auch wenn die Partei insbesondere in Leipzig eher schwach abschneidet und ihre stärksten Ergebnisse eher im ländlichen Raum erzielt, ist der Gegensatz zwischen Stadt und Land nicht ganz so prononciert wie bei Grünen und AfD. So schnitt die CDU etwa in Chemnitz und auch in kleineren Städten im Vergleich zum landesweiten Mittel durchaus gut ab. Die CDU erreicht außer-

Abbildung 6: Regressionsanalyse CDU



dem dort gute Ergebnisse, wo die AfD – trotz den für sie „günstigeren Bedingungen“ des ländlichen Raums – nicht punkten kann. Dies zeigt sowohl ein allgemeiner Vergleich der Karten als insbesondere auch ein Blick auf Räckelwitz und die umliegenden Gemeinden im Landkreis Bautzen. Mit über 80 % weist die kleine Gemeinde Räckelwitz einen für Sachsen sehr hohen Anteil von Personen mit römisch-katholischer Konfession auf.⁵ Wir können einen Zusammenhang an dieser Stelle nicht weiter überprüfen, nehmen die hohe römisch-katholische Konfessionszugehörigkeit aber als Hinweis auf eine politische und kulturelle Besonderheit dieser und der umliegenden Gemeinden.

Ähnlich wie die AfD scheint die CDU in hinsichtlich ihrer Bevölke-

⁵ Auf der Website <https://ergebnisse2011.zensus2022.de/datenbank/> online stehen für alle Gemeinden in Deutschland Zahlen auf Basis des Zensus 2011 zur Verfügung.



Abbildung 5: Zweitstimmenanteil der CDU bei der sächsischen Landtagswahl 2019 in Prozent

rungszahl kleineren Gemeinden zu profitieren (siehe Abbildung 6). Erwähnenswert ist gerade im Vergleich mit den anderen Parteien und vor allem im Vergleich mit der AfD, dass ein positiver Saldo der Fortzugs- und Zuzugsrate sowie ein positives Verhältnis von Geburten und Todesfällen – also wachsende Gemeinden – mit der CDU-Zweitstimme assoziiert sind. In Bezug auf den Schuldenstand der Gemeinde ist festzuhalten: Ein höherer Schuldenstand ist mit einem höheren CDU-Stimmenanteil assoziiert. Dieser Effekt fällt allerdings vergleichsweise gering aus.

Auffallend stark ist der Zusammenhang eines höheren CDU-Zweitstimmenanteils mit einer längeren Fahrtzeit zum nächsten IC/EC/ICE-Bahnhof. Das heißt, die CDU ist erfolgreich in kleineren, aber wachsenden Gemeinden, die weit von Fernverkehrsanschlüssen entfernt liegen. Insgesamt erklären die in die Analyse eingegangenen Faktoren die Wahlergebnisse weniger gut als die der Grünen und der AfD. Lag das R^2 bei diesen bei 0,59 bzw. 0,36, liegt dieser Wert für die Berechnung für die CDU bei 0,31. Das ist allerdings immer noch ein guter Wert, wenn man bedenkt, dass insbesondere individuelle Einstellungen in unserer Datenbasis oder auch die Strahlkraft der Kandidatinnen und Kandidaten vor Ort nicht explizit berücksichtigt werden konnten.

DIE LINKE

Die Linke erreicht in Leipzig, aber auch in einigen kleineren Gemeinden ihre besten Ergebnisse (siehe Abbildung 7). Auch in Chemnitz und Dresden ist die Partei relativ erfolgreich, während es auf dem Land Gemeinden gibt, in denen der Anteil der Zweitstimmen bei der Landtagswahl 2019 sogar bei unter 5 % lag.

Auf sozialstruktureller Ebene sind sowohl die Größe der Gemeinde

und ein höherer Frauenanteil positiv mit dem Zweitstimmenanteil der Linken assoziiert (in diesem Zusammenhang ist das starke Ergebnis in Leipzig zu sehen; siehe Abbildung 8). Das Verhältnis von Geburten und Todesfällen steht hingegen in einem negativen Zusammenhang mit dem Ergebnis der Linken: Je mehr Todesfälle im Verhältnis zu Geburten, desto höher ist der Zweitstimmenanteil der Linken.

Auch wirtschaftliche Faktoren hängen mit der Zweitstimme für die Linken zusammen: Die Anzahl der Arbeitslosen ist positiv mit der Stimmabgabe zu Gunsten der Linken assoziiert. Da wir keine Individualdaten untersuchen, kann hieraus jedoch nicht geschlossen werden, dass es die Menschen in Arbeitslosigkeit sind, die Die Linke eher gewählt haben. Was festgehalten werden kann, ist jedoch, dass in den

Abbildung 8: Regressionsanalyse Die Linke

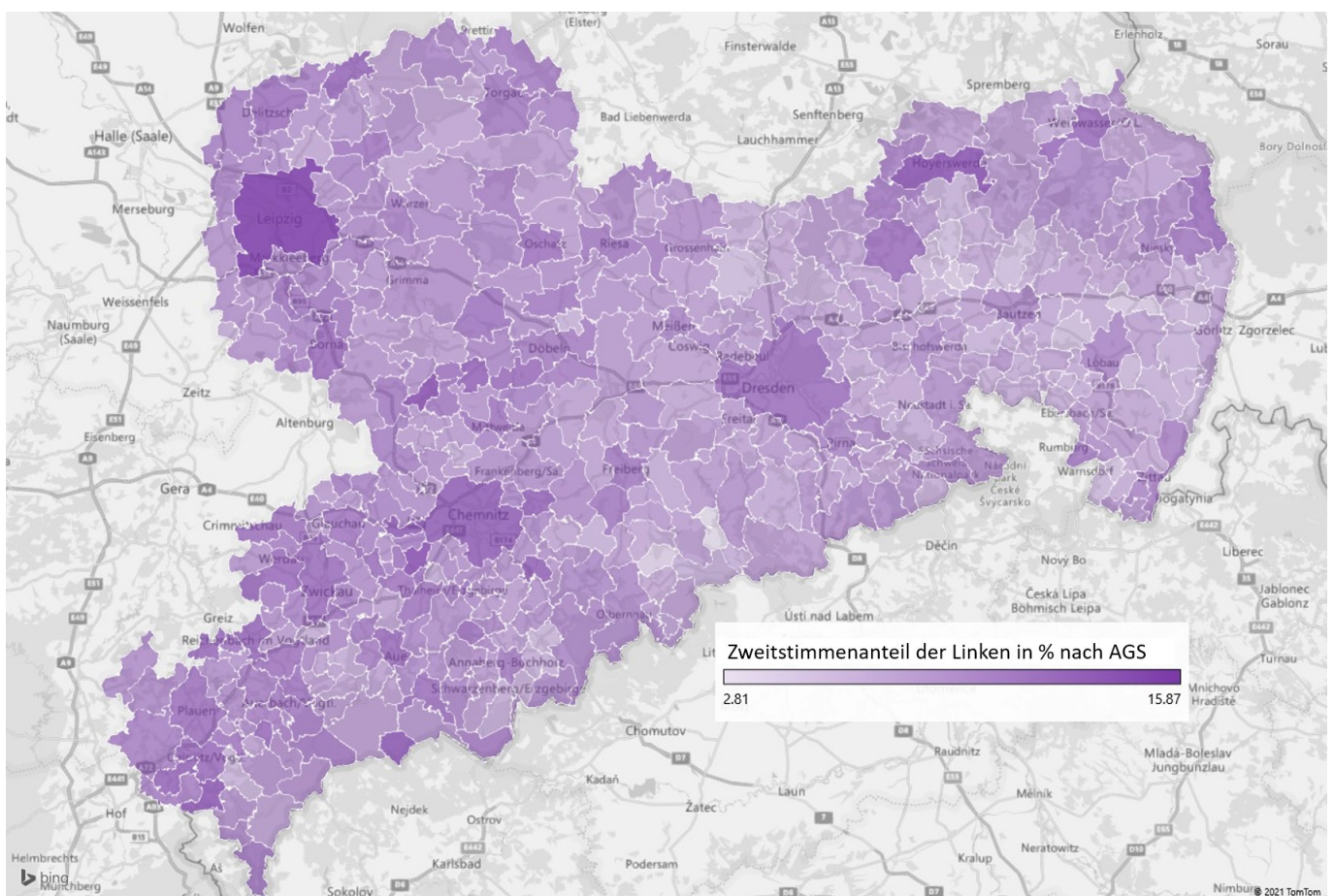
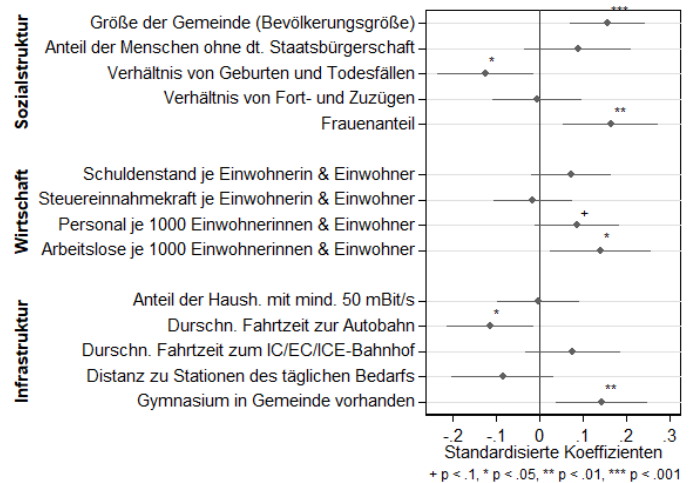


Abbildung 7: Zweitstimmenanteil der Partei Die Linke bei der sächsischen Landtagswahl 2019 in Prozent

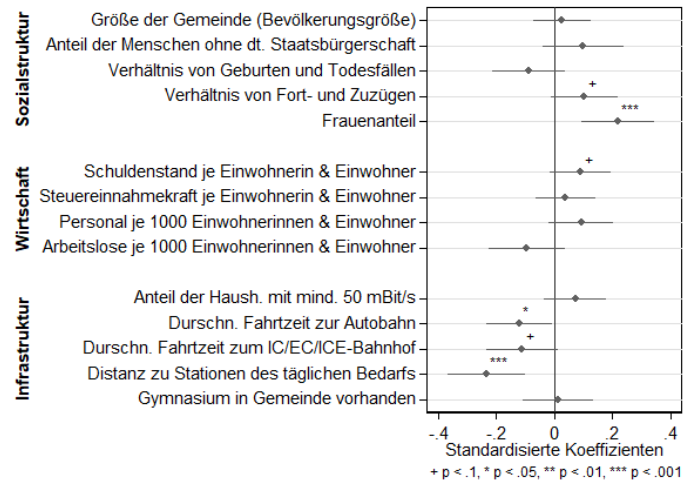
sächsischen Gemeinden, in denen 2017 eine höhere Arbeitslosigkeit vorlag, bei der Landtagswahl 2019 eher Die Linke gewählt wurde. Für die *Infrastruktur* ist festzuhalten: Eine hohe Fahrtzeit zur nächsten Autobahn-Anschlussstelle steht in einem negativen Zusammenhang mit dem Zweitstimmenergebnis der Linken, während das Vorhandensein eines Gymnasiums mit einem höheren Zweitstimmenergebnis einhergeht. Ungefähr in dem Ausmaß, in dem die AfD von einem niedrigen Personalstand in den Gemeinden zu profitieren scheint, profitiert die Linke von einem größeren Personalstand (auch hier liegt der p-Wert mit 0,082 an der Grenze der statistischen Bedeutsamkeit). Unser statistisches Modell erklärt die Varianz des Wahlergebnisses der Linken auf Gemeindeebene weniger gut als im Falle der Grünen – das R² beträgt aber immerhin noch 0,36, wie auch im Falle der AfD, und wir können zumindest einen großen Anteil der Varianz des Wahlergebnisses zwischen den Gemeinden statistisch aufklären.

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (SPD)

Schließlich stellen wir in Abbildung 9 den Zweitstimmenanteil der SPD auf Gemeindeebene dar. Es zeigen sich verhältnismäßig hohe Stimmenanteile in den Großstädten, insbesondere mit Blick auf Westsachsen kann aber von einem Stadt-Land-Gefälle in diesem Fall kaum gesprochen werden. Insbesondere im Süden von Leipzig sowie in Südwestsachsen gibt es kleine SPD-Hochburgen. Im Vergleich zu anderen, vor allem westdeutschen Bundesländern ist der Zweitstimmenanteil der SPD aber insgesamt niedrig. Die von uns herangezogenen sozial-, wirtschafts- und infrastrukturellen Variablen erklären Wahlerfolg oder -misserfolg der SPD am wenigsten (Abbildung 10; R² = 0,24).

Trotzdem liefert das Ergebnis aber Anhaltspunkte: Ein höherer Frauenanteil begünstigt die Stimmabgabe für die SPD. Während keiner der

Abbildung 10: Regressionsanalyse SPD



hier betrachteten wirtschaftlichen Faktoren Einfluss auf den Zweitstimmenanteil hat, zeigt sich, dass *infrastrukturelle* Hürden wie eine hohe durchschnittliche Fahrtzeit zu Autobahn-Anschlussstellen als auch eine hohe Distanz zu Apotheken, Grundschulen, Supermärkten und ÖPNV-Haltestellen negativ mit den SPD-Zweitstimmenanteilen in Sachsen zusammenhängen.

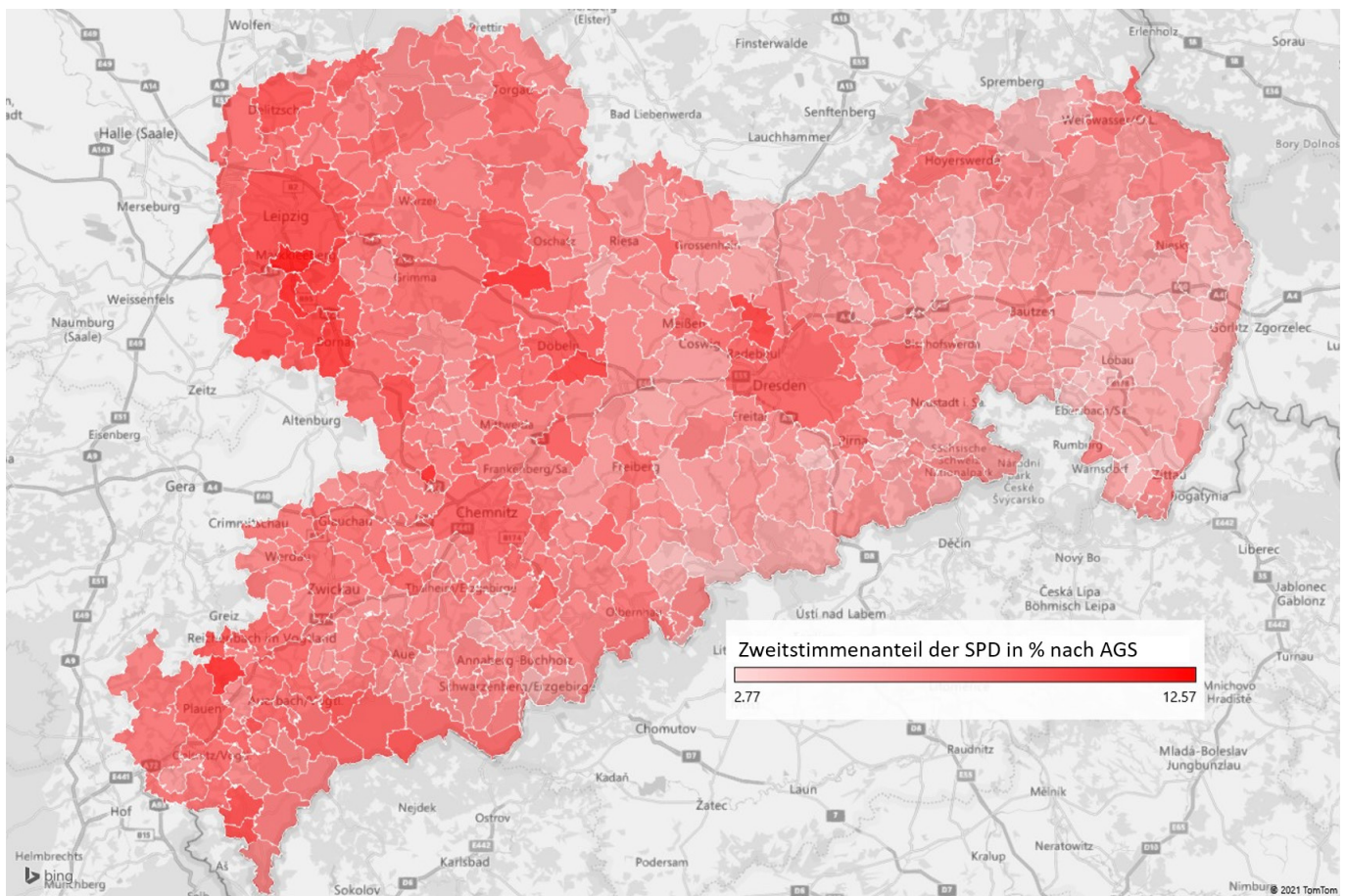


Abbildung 9: Zweitstimmenanteil der SPD bei der sächsischen Landtagswahl 2019 in Prozent

DISKUSSION

Zusammenfassend zeigen unsere Berechnungen, dass bei der Wahlentscheidung in Sachsen unterschiedliche sozial-, wirtschafts- und infrastrukturelle Faktoren teils stark mit den Zweitstimmenergebnissen der hier betrachteten Parteien zusammenhängen. Neben der Größe der Gemeinde erwiesen sich vor allem das Geschlechterverhältnis sowie Indikatoren, ob eine Gemeinde wächst oder schrumpft, und Indikatoren des Ausbaus der Infrastruktur vor Ort – wie etwa das Vorhandensein eines Gymnasiums als auch die Distanz zu Stationen des täglichen Bedarfs – als wichtige Merkmale. Die Anzahl der Arbeitslosen (im Jahr 2017) in einer Gemeinde hatte ebenfalls einen eindeutigen Einfluss darauf, welche Parteien einen hohen Zweitstimmenanteil bei der sächsischen Landtagswahl 2019 erreichten. Insbesondere der nachgezeichnete, deutliche Zusammenhang des AfD-Zweitstimmenanteils in den beobachteten Gemeinden mit der dortigen Arbeitslosenquote weist in dieselbe Richtung, in die bereits Giebler und Regel (2017) argumentierten. Das heißt nicht, das Arbeitslose häufiger die AfD wählen. Vielmehr neigen in Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit mehr Menschen dazu, diese Partei zu wählen. Anders verhält es sich mit dem Anteil an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft: Sie sind nicht der kausale Grund, warum bestimmte Parteien gewählt werden (sie selbst sind bei einer Landtagswahl nicht wahlberechtigt). Sie sind aber auch ein Indikator für prosperierende Regionen – ein Faktor, den wir durch andere Faktoren bereits erfassen. Bemerkenswert ist auch der Hinweis darauf, dass in Gemeinden mit größerem Personalbestand (relativ zur Bevölkerung) die AfD niedrigere Ergebnisse einfährt – wenngleich sich dieser Befund an der Grenze der statistischen Bedeutsamkeit bewegt.

Bei der Linken scheint es hingegen genau umgekehrt zu sein: Sie profitiert eher von einem größeren Personalstand.

Hier könnte eine Erhebung weiterer Indikatoren kommunaler Handlungsmöglichkeiten sowie deren subjektive Wahrnehmung durch die Bürgerinnen und Bürger eventuell weitere Erkenntnisse bringen. Gegen den Erfolg antidemokratischer Parteien, das zeigen auch andere Studien zu Demokratiezufriedenheit, kann ein starker öffentlicher Dienst und damit einhergehend eine gute Serviceleistung für die Bürgerinnen und Bürger eine wirksame Stellschraube sein. Ein weiterer möglicher Ansatz betrifft den Ausbau der Infrastruktur: Die Distanz zu Apotheken, Grundschulen, Supermärkten und ÖPNV-Haltestellen erwies sich als starker Prädiktor für AfD-Zweitstimmenanteile. Dass sowohl eine Überalterung (weniger Geburten als Sterbefälle), die Abwanderung (Saldo der Fort- und Zuzüge) als auch verschiedene Indikatoren von Strukturschwäche (Distanz zu Stationen des täglichen Bedarfs; kein Gymnasium) die AfD-Zweitstimmenabgabe in sächsischen Gemeinden erklärt, weist auch in Richtung der Modernisierungsverliererthese. Dort wo sich Menschen (teilweise berechtigt) abgehängt fühlen, steigen Frustration und Aggressionen. Das Vertrauen in die Institutionen des politischen Gemeinwesens sinkt, antidemokratische Akteure erfahren Zulauf.

Gegen die Modernisierungsverliererthese spricht jedoch teilweise, dass die AfD zwar in schrumpfenden, nicht aber unbedingt ökonomisch abgehängten Gemeinden gewählt wird: Wir konnten keinen Zusammenhang zur Steuereinnahmekraft beobachten – im Sinne der Modernisierungsverliererthese wäre ein negativer Zusammenhang zu erwarten gewesen – und wir haben einen zwar kleinen, aber dennoch

Tabelle 1: Vergleich des standardisierten Einflusses der ökologischen Faktoren

UV	Standardisierte Regressionskoeffizienten					
	AFD	Grüne	CDU	Die Linke	SPD	
Sozialstruktur	Größe der Gemeinden (Bevölkerungsgröße)	-	+++	-	++	
	Anteil an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft		+			
	Natürlicher Saldo	-		++	-	
	Saldo der Zuzug- und Fortzugsrate	--		++		
	Frauenanteil	---	+		+++	++
Wirtschaft	Schuldenstand je Einwohnerin und Einwohner	-		+		
	Steuereinnahmekraft je Einwohnerin und Einwohner					
	Personal im Kernhaushalt der Gemeinde je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner					
	Arbeitslose je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter	+++	--		--	
	Anteil der Haushalte mit mind. 50 mBit/s		+			
Infrastruktur	Durchschn. Pkw-Fahrtzeit zur nächsten BAB-Anschlussstelle in Minuten		-		-	-
	Durchschn. Pkw-Fahrtzeit zum IC/EC/ICE-Bahnhof	-	--	+++		
	Gymnasien in der Gemeinde vorhanden	--	+		++	
	Einwohnerinnen- und einwohnergewichtete Lufliendistanz zu Stationen des täglichen Bedarfs	++	-			--

Nicht signifikante Effekte sind der Übersicht halber freigelassen.

signifikanten negativen Zusammenhang mit dem Schuldenstand der Gemeinden beobachten können. Eine höhere Verschuldung geht also mit niedrigerem Ergebnis für die AfD einher, obwohl das Gegenteil zu erwarten gewesen wäre. Von größerer Relevanz erscheint also eher das Erleben, abgehängt zu sein, welches auch mit der Infrastruktur vor Ort zusammenhängen dürfte, und weniger eine materielle Schieflage. Dieser Befund reiht sich ein in eine Reihe vergleichbarer Ergebnisse aus der Rechtsextremismusforschung (Decker et al 2020; Rippl und Baier 2005; Yoxon et al. 2019).

Wie bereits erwähnt, erwies sich der Frauenanteil bzw. das Geschlechterverhältnis als guter Prädiktor für den Zweitstimmenanteil aller untersuchten Parteien – mit Ausnahme der CDU. Frauen wählen tendenziell seltener die AfD, weshalb diese vermutlich in Gemeinden mit einem positiven Verhältnis von Frauen gegenüber Männern rein arithmetisch weniger Stimmen erreicht. Darüber hinaus verweist dieses Ergebnis auf Salomos (2019) Einschätzung zum Zusammenhang demografischer Probleme, subjektiver Deprivation und ethnozentrischen Einstellungen. Auch das Umfeld könnte eine Rolle spielen, wenn nämlich in durch Vielfalt geprägten Städten mit höherem Frauenanteil – trotz auch dort vorhandener Vorurteile – die soziale Norm eher gegen die Stimmabgabe für eine antidemokratische Partei spricht. Diese Vermutung leitet außerdem auf eine weitere Ebene über. Der Frauenanteil steht nämlich vermutlich auch für eher urbane Räume, höhere Aufstiegsorientierung, jüngeres Durchschnittsalter und weitere Faktoren, die tendenziell weniger mit der Stimmabgabe für die AfD assoziiert sind. Anders gesagt: es ist vermutlich nicht einfach der Anteil von Frauen, sondern das gesamte soziokulturelle Milieu, das durch diesen Indikator angezeigt wird.

Als Gegenpol zur AfD zeigen sich in der räumlichen Verteilung, aber auch bei den relevanten Einflussgrößen vor allem die Grünen und teilweise Die Linke (siehe auch Franz et al. 2019). Bei den anderen im Landtag vertretenen Parteien sind die Differenzen weniger ausgeprägt bzw. scheint es zusätzlich lokale Faktoren zu geben, die wir nicht oder nur indirekt berücksichtigen konnten. Das trifft zum Beispiel auf die relative Stärke der SPD in Westsachsen zu oder auch die verhältnismäßige Stärke der Linken in einigen kleineren Gemeinden. Auch für die CDU ist auf den ersten Blick nicht ersichtlich, warum manche Gemeinden trotz etwa der Konkurrenz durch die AfD weiterhin „schwarz“ wählen. Auf den zweiten Blick zeigt sich jedoch, dass die CDU im Gegensatz zur AfD im ländlichen Raum vor allem in wachsenden Gemeinden gewählt wird. Zusätzlich – wie bei den Linken auch – sind vermutlich spezifische kulturelle oder politische Traditionen vor Ort, lokal beliebte Politiker und Politikerinnen oder eine gute Vernetzung und Verankerung der Partei vor Ort von Relevanz. Dies ließe sich auch mit historischen Ansätzen in Verbindung bringen, die für den Erfolg von Parteien lange zurückreichende Traditionen auf Grund von weiterhin existenten Milieus verantwortlich machen (erinnert sei beispielsweise an den überproportional großen Anteil der römisch-katholischen Konfessionsangehörigen in einigen Gemeinden des Landkreises Bautzen). Die Arbeiterbewegung im „roten Sachsen“ wäre so eine mögliche Erklärung für abweichend relativ hohe Ergebnisse der SPD in bestimmten, traditionell industriellen Regionen; ehemalige Hochburgen der NSDAP oder der NPD und eine Kontinuität zu den Einstellungen und dem Wahlverhalten bezüglich der AfD wären ein weiteres Beispiel (Cantoni et al. 2019).

Für die großstädtischen und jüngeren Milieus ist schließlich eine tendenziell höhere Wechselbereitschaft zu vermuten. Hohe Ergebnisse für eine Partei (Grüne oder Linke) könnten hier tendenziell weniger stabil sein, als sie dies in schrumpfenden und ländlichen Gemeinden

mit anderer Altersstruktur sind. Dass Zweitstimmenanteile auch ein Ausdruck von lokalen Milieus und entsprechenden Einstellungen sind, zeigte zuletzt Reuband (2021), der einen statistischen Zusammenhang zwischen regionalen AfD-Wahlpräferenzen und der COVID-19-Inzidenz während der zweiten Infektions-Welle zwischen November 2020 und Januar 2021 in Sachsen beobachtete. Hier ist auch davon auszugehen, dass sowohl eine höhere COVID-19-bezogene als auch eine „klassische“ Verschwörungsmentalität bei AfD-Wählerinnen und -Wählern eine Rolle spielt (siehe hierzu auch Decker et al. 2021). Es ist also ratsam, sozial-, wirtschafts- und infrastrukturellen Faktoren einer Wahlentscheidung – wie wir sie in diesem Policy Paper betrachtet haben – nicht isoliert, sondern auch immer im Kontext von individuellen Einstellungen sowie kulturellen und politischen Milieus in einer Gemeinde zu betrachten.

Die hier vorgestellten Ergebnisse lassen sich so in verschiedene Richtungen interpretieren und es lassen sich eine Reihe weiterführender Vermutungen aufstellen. Um den (langfristigen) Erfolg bestimmter Parteien in bestimmten sozialen Räumen zu verstehen (siehe dazu auch Geilen und Mullis 2021), sind – neben quantitativen Einstellungsuntersuchungen, die jedoch in einem solch großen Umfang kaum realisierbar sind – qualitative Untersuchungen ein naheliegendes Mittel. Durch solche Tiefenbohrungen, die versuchen, lokal dominante Deutungsmuster, politische Einstellungen und Narrative zu identifizieren, lassen sich auch die beschriebenen Diskrepanzen und gerade das statistisch nicht „aufklärbare“ der höheren oder niedrigeren Ergebnisse einzelner Parteien erklären. Am Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung haben wir mit einer Reihe solcher sozialräumlich ausgerichteten Forschungsprojekte begonnen, um diese Forschungslücke zu schließen. Diese Projekte richten sich nicht in erster Linie auf die Erklärung von Wahlergebnissen, sondern fokussieren spezifische Problemlagen im Freistaat Sachsen. In der folgenden Rubrik „Vorstellung der sozialräumlichen Forschung am EFBI“ stellen wir zwei Projekte kurz vor.

SOZIALRÄUMLICHE FORSCHUNG AM EFBI

Das an der Universität Leipzig angesiedelte Else-Frenkel-Brunswik-Institut setzt – neben der bevölkerungsrepräsentativen Einstellungsforschung (siehe Leipziger Autoritarismus Studien) und der Dokumentation und dem Monitoring antidemokratischer Tendenzen in Sachsen – auf sozialraumnahe, partizipative Forschung in exemplarischen Sozialräumen. Bereits laufende Forschungsprojekte sind „Emanzipatorische Handlungsräume und Antifeminismus im Erzgebirge“ und „Wurzeln – Zivilgesellschaftlicher Aufbruch auf umstrittenem Terrain?“. Außerdem ist in der zweiten Jahreshälfte der Beginn eines sozialraumnahen Projektes zur Verschwörungsmentalität und eines zu sozioökonomischen Transformationsprozessen in weiteren Modellregionen Sachsens geplant.

EMANZIPATORISCHE HANDLUNGSRÄUME UND ANTIFEMINISMUS IM ERZGEBIRGE

Antifeminismus fungiert als Brückenideologie zwischen verschiedenen extrem rechten Bewegungen und Parteien, erfüllt diese Funktion aber auch bis hinein in christlich-fundamentalistische Teile der Gesellschaft. Auf Grund der breiten Akzeptanz antifeministischer Einstellungen wird diese Problematik häufig unterschätzt. Im sächsischen Erzgebirge – wo etwa die antifeministische „Lebensschutzbewegung“ ein Beispiel einer solchen Verbindung darstellt – befassen

sich auch zivilgesellschaftliche Engagierte kritisch mit diesem Phänomen. Zusammen mit diesen engagierten Personen soll die Bedeutung antifeministischer Dynamiken für zivilgesellschaftliches Engagement, für Prozesse der Demokratisierung und Emanzipation erforscht werden, wobei gleichzeitig ein Reflexionsraum für Engagierte geschaffen werden soll.

WURZEN – ZIVILGESELLSCHAFTLICHER AUFBRUCH AUF UMSTRITTENEM TERRAIN?

Die Stadt Wurzen im Landkreis Leipzig hat durch hohe Zahlen rechtsextremer Straftaten und eine ausgeprägte Neonazi-Szene überregionale Bekanntheit erlangt. Weniger Aufmerksamkeit haben bisher die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteure und Akteurinnen, Gruppen und Initiativen erfahren, die sich in diesem Terrain bewegen. In diesem Forschungsprojekt untersucht das EFBI die Potentiale und Hindernisse zivilgesellschaftlicher Akteure und Akteurinnen, die Demokratie gegenüber rechts-autoritären Kräften zu stärken. Gleichzeitig soll auch hier ein Reflexionsraum geboten werden, der sowohl die Dynamik der Stadt als auch die Erfahrungen der Aktiven vor Ort miteinbezieht.

STATISTISCHE GRUNDBEGRIFFE

KORRELATIONEN

Als Korrelation wird in der Statistik ein ungerichteter, linearer Zusammenhang zwischen zwei Merkmalen bezeichnet. Dieser Zusammenhang liegt im Wertebereich zwischen -1 und 1. Positive Werte bedeuten, dass bei einer Zunahme des einen Merkmals auch die Ausprägung des anderen Merkmals ansteigt. Negative Werte sind umgekehrt zu interpretieren: Eine Zunahme des einen Merkmals bewirkt eine Abnahme des anderen. Bei einem Wert von 0 besteht kein Zusammenhang. Der Wert 1 würde einen perfekt positiven Zusammenhang beschreiben, was bedeutet, dass immer, wenn das eine Merkmal vorhanden ist, auch das andere vorliegt. Wichtig ist jedoch, dass die Korrelation keine Rückschlüsse auf Kausalität im Sinne von Merkmal X bewirkt Merkmal Y zulässt.

LINEARE REGRESSION

Im Unterschied zur Korrelation liegt bei der Regression die Annahme der Kausalität vor, das heißt, wir nehmen an, dass ein unabhängiges Merkmal X das andere abhängige Merkmal Y beeinflusst. Diese Annahme muss letztlich theoretisch begründet werden, häufig muss zumindest in Betracht gezogen werden, dass es auch eine Wechselwirkung geben könnte. Multiple Regressionsmodelle erlauben die gleichzeitige Betrachtung des Einflusses mehrerer unabhängiger Merkmale auf das abhängige Merkmal Y. Die Koeffizienten der unabhängigen Variablen geben die – in diesem Fall lineare – Stärke des errechneten Einflusses an. Grundsätzlich sind auch Effekte möglich, bei denen eine sehr niedrige und eine sehr hohe Ausprägung des Merkmals X einen ähnlichen Effekt auf Y hat. Beta-Koeffizienten, wie wir sie in diesem Policy Paper verwenden, sind standardisierte Werte, die den

Vergleich ursprünglich unterschiedlich skaliert Variablen vereinfachen (z.B. Alter von 18 bis 90 Jahren und Arbeitslosenquote zwischen 4 und 12 %). Statistisch signifikante Werte müssen immer auch darauf überprüft werden, inwiefern sie inhaltlich bedeutsam sind. Unter anderem liegt das daran, dass Signifikanz bei sehr hohen Fallzahlen leicht erzeugt werden kann. Ob ein Effekt aber auch im Vergleich mit anderen Faktoren bedeutsam ist, unterliegt der Interpretation. Schließlich ist auch darauf zu achten, dass Regressionsmodelle – wie alle statistischen Modelle – nur einen Teil der Wirklichkeit abbilden können. Meist steht nur eine Auswahl an Variablen zur Verfügung, die Variablen stellen selbst Abstraktionen dar und hängen oft auch voneinander ab. Ein statistisches Modell, das den Wahlerfolg einer Partei vollständig erklärt, ist somit nicht zu haben.

UMFRAGEDATEN VS. WAHL- & STRUKTURDATEN

Im Gegensatz zur Leipziger Autoritarismus Studie oder dem Sachsen-Monitor verwenden wir in diesem Policy Paper keine stichprobenbasierten Umfragedaten, welche die individuellen Einstellungen der Befragten über standardisierte Fragebögen erfassen sollen. Wir verwenden stattdessen öffentlich zugängliche Strukturdaten der amtlichen Statistik des Landeswahlleiters, des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen sowie des Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Bei den Strukturdaten handelt es sich somit um keine Schätzungen, sondern in aller Regel um Vollerhebungen über bestimmte Merkmale (bspw. die absolute Anzahl aller in Sachsen lebenden Menschen zu einem gegebenen Zeitpunkt oder alle gültigen Stimmen bei der letzten Landtagswahl).

KLASSISCHE ANSÄTZE DER WAHLFORSCHUNG

RATIONAL-CHOICE-ANSATZ

Für die ökonomische Rational-Choice-Theorie bildet Anthony Downs Werk *An Economic Theory of Democracy* (1957) bis heute die theoretische Grundlage. Er geht idealtypisch davon aus, dass der Mensch seine Wahloptionen mit dem Ziel der Nutzenmaximierung abwägt. Downs' Idealtypus ist ein vollständig informierter, rational (sowie tendenziell egoistisch, siehe hierzu Downs 1957, S. 37) handelnder Akteur (vgl. auch Arzheimer und Schmitt 2014, S. 338 ff.). Diese Entscheidung zu Gunsten der „rationalsten“ Wahl lässt sich am Beispiel eines einfachen Zweiparteiensystems gut veranschaulichen: Der Nutzen der Partei B wird vom Nutzen der Partei A subtrahiert – ist der Wert positiv, so entscheidet sich der homo oeconomicus für Partei A, ist er negativ, so entscheidet er oder sie sich für Partei B. Bei Gleichstand enthält sie oder er sich (Downs 1957, S. 38 f.). Daraus resultiert allerdings das sogenannte Wahlparadoxon: Die Informationskosten, die die Wählerin oder der Wähler erbringen muss, um rational entscheiden zu können, welche Partei ihr oder ihm mehr nutzt, stehen im Missverhältnis zum Einfluss, den die einzelne Stimme in einer Massendemokratie hat (Arzheimer und Schmitt 2014, S. 351). Die rationale Wahl wäre demnach, sich zu enthalten, aber offenbar tut dies der überwiegende Teil der Menschen nicht.

MIKROSOZIOLOGISCHER ANSATZ

Eine Gruppe von Forscherinnen und Forscher legte mit *People's Choice* (Lazarsfeld et al. [1944] 1960) und *Voting* (Berelson et al. 1954) einen anderen einflussreichen, ebenfalls mikrosoziologischen Ansatz zur Erklärung des individuellen Wahlverhaltens vor, der als Columbia School bezeichnet wird. Dieser orientiert sich – im deutlichen Gegensatz zum Menschenbild des Rational-Choice-Ansatz – an der Vorstellung eines homo sociologicus (Dahrendorf 1959). Die zentrale Annahme lautet, dass die individuelle Wahlentscheidung maßgeblich durch die soziale Umgebung – Familie, Kolleginnen und Kollegen, Bekannte sowie Freundinnen und Freunde – beeinflusst wird. Politische Einstellungen und Wahlentscheidungen folgen sozialen Charakteristika (Lazarsfeld et al. [1944] 1960, S. 27). Schoen (2014, S. 175) weist darauf hin, dass der Ansatz an Simmels (1890) Überlegungen zu sozialen Kreisen anschließt: Gibt es Schnittpunkte verschiedener sozialer Kreise, in denen sich das Individuum befindet, so kann es zu sogenannten „cross-pressures“ (Lazarsfeld et al. [1944] 1960, S. 56), also widersprüchlichen Eindrücken der politischen Sozialisation, kommen. Individuen, die solchen „cross-pressures“

unterschiedlicher Parteipräferenzen ihres sozialen Umfeldes ausgesetzt sind, entwickeln weniger starke Parteiloyalitäten, als es diejenigen tun, die sich in wenigen, homogeneren sozialen Kreisen befinden (Schoen 2014, S. 177). In sich weiter ausdifferenzierenden modernen Gesellschaften ist deshalb damit zu rechnen, dass traditionelle Milieubindungen (z.B. des Arbeitermilieus oder des katholischen Milieus) tendenziell abnehmen. Damit erhöht sich der Anteil an Wechselwählerinnen und -wählern (sogenannte Volatilität), insbesondere bei jüngeren Menschen (Kiess und Portos i.E.).

MAKROSOZIOLOGISCHER ANSATZ

Eine makrosoziologische Perspektive bietet der Cleavage-Ansatz von Lipset und Rokkan (1967). Dieser erklärt die Herausbildung der bis heute bestehenden westlichen Parteiensysteme entlang der Konfliktlinien (Cleavages) Zentrum und Peripherie, Staat und Kirche, Land und Industrie sowie Kapital und Arbeit. Diese gesellschaftlichen Konfliktlinien entwickelten sich entlang zentraler historischer Ereignisse wie etwa der Reformation, der Nationalstaatsbildung oder der Industrialisierung. Für die empirische Wahlforschung prognostiziert der Ansatz ein einigermaßen stabiles Wahlverhalten entlang dieser Konfliktlinien (Schoen 2014, S. 181; 185).

SOZIALPSYCHOLOGISCHER ANSATZ

Ein sozialpsychologisches Konzept mit großem Erklärungspotential (Schoen und Weins 2014, S. 301) ist das ebenfalls zu den Klassikern zählende Ann-Arbor-Modell (Campbell et al. 1954; Campbell et al. 1960). Die Erklärung des Wahlverhaltens über politische Einstellungen – ein Ansatz der heute nahezu selbstverständlich erscheint – geht auf *The Voter Decides* (Campbell et al. 1954) zurück. Die Forschergruppe aus Ann Arbor im US-Bundestaat Michigan arbeitete zunächst drei zentrale politische Einstellungen heraus, die die Wahlentscheidung beeinflussen: die Parteiidentifikation, die Einstellung zu Sachfragen (die sogenannte issue-Orientierung) sowie die Einstellung zu Kandidaten im politischen Wettbewerb (Schoen und Weins 2014, S. 244). Die Parteiidentifikation ist als langfristig und verhältnismäßig stabile gefühlsmäßige Bindung an Parteien zu verstehen, aber nicht an eine formale Parteienmitgliedschaft gebunden (ebd., S. 245; 262). Weisen alle für das Modell relevanten Einstellungen auf dieselbe Wahlentscheidung, so lässt sich das Wahlverhalten der einzelnen Person gut vorhersagen – eine Vorhersage, die entsprechend schwieriger ist, wenn widersprechende Einstellungen vorliegen (ebd., S. 247).

LITERATUR

- Allport, Gordon W. (1954). *The Nature of Prejudice*. Reading, MA: Addison-Wesley.
- Arzheimer, Kai, und Anette Schmitt (2014). *Der ökonomische Ansatz*. In *Handbuch Wahlforschung*, Hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen (S. 331–404), Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Berelson, Bernard, Paul F. Lazarsfeld und William N. McPhee (1954). *Voting. A Study of Opinion Formation in a Presidential Campaign*. Chicago: University of Chicago Press.
- Berg, Lynn und Jan Üblacker (2020). *Räumliche Aspekte rechter Orientierung. Auf dem Weg zu einem konzeptionellen Rahmen*. In Lynn Berg und Jan Üblacker (Hg.), *Rechtes Denken, rechte Räume?* (S. 17–46), Bielefeld: transcript.
- Brachert, Matthias, Everhard Holtmann und Tobias Jaeck (2020). *Einflüsse des Lebensumfelds auf politische Einstellungen und Wahlverhalten. Eine vergleichende Analyse der Landtagswahlen 2019 in drei ostdeutschen Bundesländern*. Berlin: Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Campbell, Angus, Gerald Gurin und Warren E. Miller (1954). *The Voter Decides*. Evanston/Illinois: Row, Peterson and Company.
- Campbell, Angus, Phillip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes (1960). *The American Voter*. New York: Wiley.
- Cantoni, Davide, Felix Hagemeyer und Mark Westcott (2019). *Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology*. Collaborative Research Center Transregio 190, Discussion Paper No. 143.
- Dahrendorf, Ralf (1959). *Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Decker, Oliver, Marliese Weissmann, Johannes Kiess und Elmar Brähler (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, Julia Schuler, Barbara Handke, Gert Pickel und Elmar Brähler (2020). *Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf*. In *Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments*, Hrsg. Oliver Decker und Elmar Brähler (S. 27–88), Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, Oliver, Johannes Kiess, Clara Schliessler, Marius Dilling, Nele Hellweg und Elmar Brähler (2021). *Verschwürungsmentalität, COVID-19 und Parteipräferenz. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung*. EFBI Policy Paper 2021-1.
- Downs, Anthony (1957). *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.
- Franz, Christian, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos (2018). *AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker*, DIW-Wochenbericht Nr. 8, S. 135–145.
- Franz, Christian, Marcel Fratzscher und Alexander S. Kritikos (2019). *Grüne und AfD als neue Gegenpole der gesellschaftlichen Spaltung in Deutschland*, DIW-Wochenbericht Nr. 34, S. 592–602.
- Geilen, Lucas und Daniel Mullis (2021). *Polarisierte Städte: Die AfD im urbanen Kontext. Eine Analyse von Wahl- und Sozialdaten in sechzehn deutschen Städten*, Geogr. Helv., 76(2), S. 129–141.
- Giebler, Heiko und Sven Regel (2017). *Wer wählt rechtspopulistisch? Geografische und individuelle Erklärungsfaktoren bei sieben Landtagswahlen*, Wiso-Diskurs Band 16, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Infratest dimap (2019): *Landtagswahl 2019 Sachsen, Umfragen zu den Lebensverhältnissen*, wahl.tagesschau.de/wahlen/2019-09-01-IT-DE-SN/umfrage-lebensverhaeltnisse.shtml [zuletzt geprüft am 16.06.2021].
- Jahoda, Marie, Paul F. Lazarsfeld und Hans Zeisel (1933). *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziografischer Versuch*. Leipzig: Hirzel.
- Kiess, Johannes, und Martin Portos (im Erscheinen): *E pur si muove! Young people, issue salience and volatility in nine European countries*.
- Kröhnert, Steffen, und Reiner Klingholz (2006). *Not am Mann: von Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer*. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Landeswahlleiter (2019). *Landtagswahl 2019 – endgültiges amtliches Ergebnis nach Wahlbezirken*. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. Online verfügbar unter: https://www.wahlen.sachsen.de/download/LW19_endgErgebnisse_WBZ.xlsx [zuletzt geprüft am 14.05.2021], Kamenz.
- Lazarsfeld, Paul, F., Bernard Berelson und Hazel Gaudet ([1944] 1960). *The People's Choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign*. New York: Columbia University Press.
- Lengfeld, Holger (2017). *Die „Alternative für Deutschland“: Eine Partei für Modernisierungsverlierer?* Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 69(2), S. 209-232.
- Lipset, Seymour Martin, und Stein Rokkan (1967). *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. An Introduction*. In dies., *Party Systems and Voter Alignments: Cross-Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives* (S. 1–64). New York, London: Collier-Macmillan.
- Lux, Thomas (2018). *Die AfD und die unteren Statuslagen. Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?* Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 70(2), S. 255-273.
- Meisner, Matthias (2019). *AfD profitiert von Abwanderung. Zurückbleibende Bewohner sich leerender Landstriche verlieren das Vertrauen in Politik und Demokratie – sie werden konservativer und autoritärer*, Tagesspiegel vom 1.9.2019.
- Pettigrew, Thomas F. und Lind R. Tropp (2006). *A meta-analytic test of intergroup contact theory*. Journal of Personality and Social Psychology 90 (5), S. 751–783
- Reuband, Karl-Heinz (2021). *Regionale AfD-Milieus und die Dynamik der Corona-Ausbreitung – Eine Analyse auf der Basis kreisfreier Städte und Landkreise in Sachsen*. MIP Zeitschrift für Parteienwissenschaften 27(1), S. 1–14.
- Richter, Christoph und Lukas Bösch (2017). *Demokratieförderung Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017*. IDZ – Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft.
- Rippl, Susanne und Dirk Baier (2005). *Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57(4), S. 644–666.
- Salomo, Katja (2019). *The residential context as source of deprivation: Impacts on the local political culture. Evidence from the East German state Thuringia*. Political Geography 69, S. 103–117.
- Schäfer, Armin (2012). *Beeinflusst die sinkende Wahlbeteiligung*

- das Wahlergebnis? Eine Analyse kleinräumiger Wahldaten in deutschen Großstädten.* Politische Vierteljahresschrift 53, S. 240–264.
- Schäfer, Armin (2015). Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet (Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Band 81), Frankfurt am Main.
- Schäfer, Armin, Robert Vehrkamp und Jérémie Felix Gagné (2013). *Milieus und soziale Selektivität der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Schoen, Harald (2014). *Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung.* In Handbuch Wahlforschung, Hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen (S. 169–240), Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Schoen, Harald und Cornelia Weins (2014). *Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten.* In Handbuch Wahlforschung, Hrsg. Jürgen W. Falter und Harald Schoen (S. 241–330), Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Schröder, Martin (2018). *AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich.* SOEPPapers 975/2018. Berlin: DIW.
- Simmel, Georg (1890). *Über soziale Differenzierung. Soziologische und psychologische Untersuchungen.* Leipzig: Duncker und Humblot.
- Spier, Tim (2010). *Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2019). *Regionaldaten Gemeindestatistik Sachsen. Gemeindestatistik 2019 für Kitzscher*, Stadt. Online verfügbar unter: <https://www.statistik.sachsen.de/Gemeindetabelle/jsp/GMDAGS.jsp?Jahr=2019&Ags=14729220> [zuletzt geprüft am 14.05.2021]. Kamenz.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2020). *Statistischer Bericht. Sächsische Gemeindestatistik. Z II 1 – j/20.* Kamenz.
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2021). *Bevölkerung des Freistaates Sachsen am 31. Dezember 2017 bis 2019 nach Gemeinden und Staatsangehörigkeit.* Kamenz.
- Yoxon, Barbara, Johannes Kiess und Steven van Hauwaert (2019). *Picking on immigrants: a cross-national analysis of individual-level relative deprivation and authoritarianism as predictors of anti-foreign prejudice.* Acta Politica 54(3), S. 479–520.

ANHANG

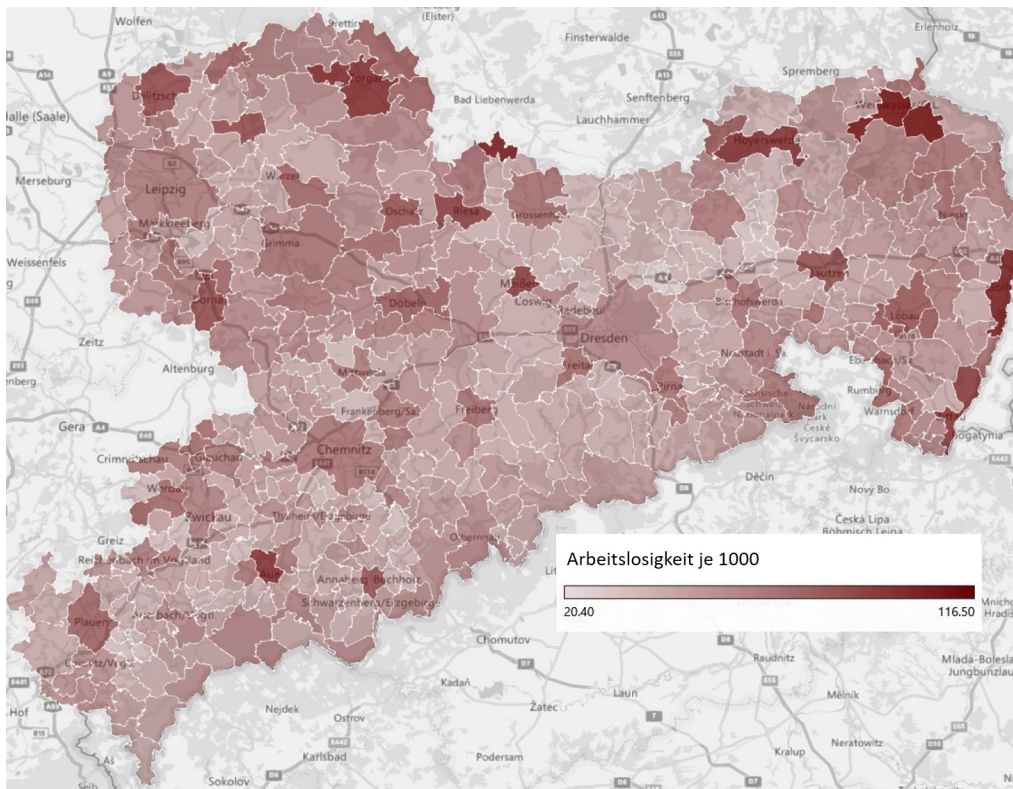


Abbildung 11: Arbeitslose je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter (2017).

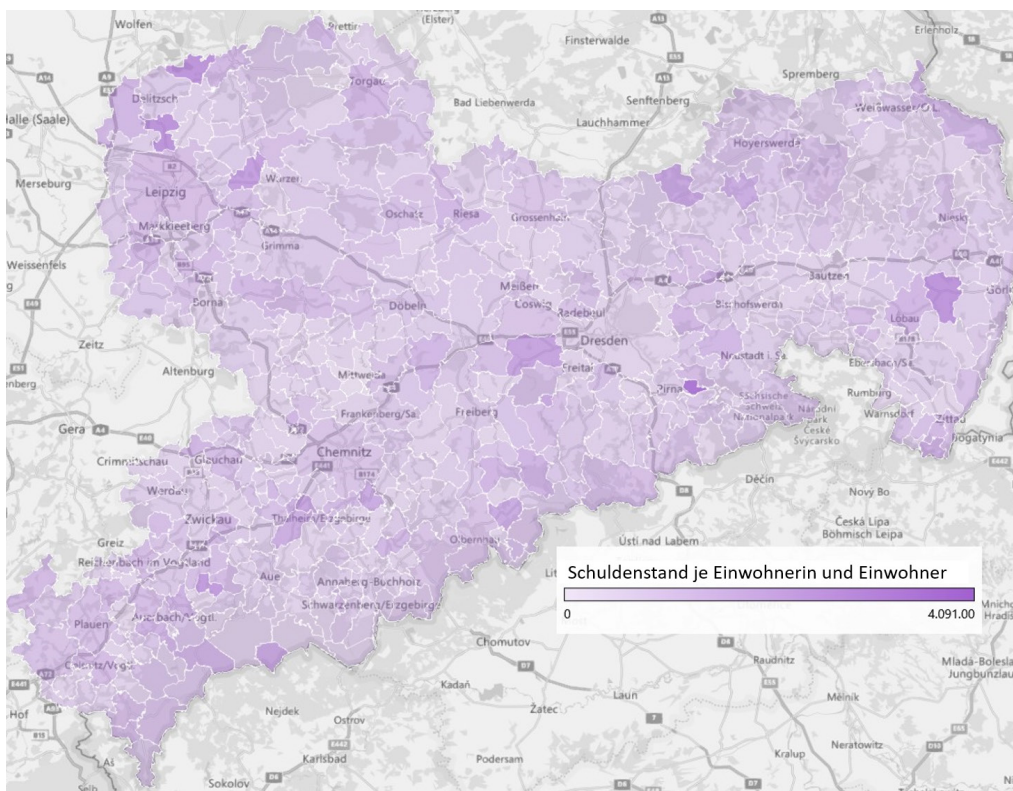


Abbildung 12: Schuldenstand je Einwohnerin und Einwohner EUR (2019).

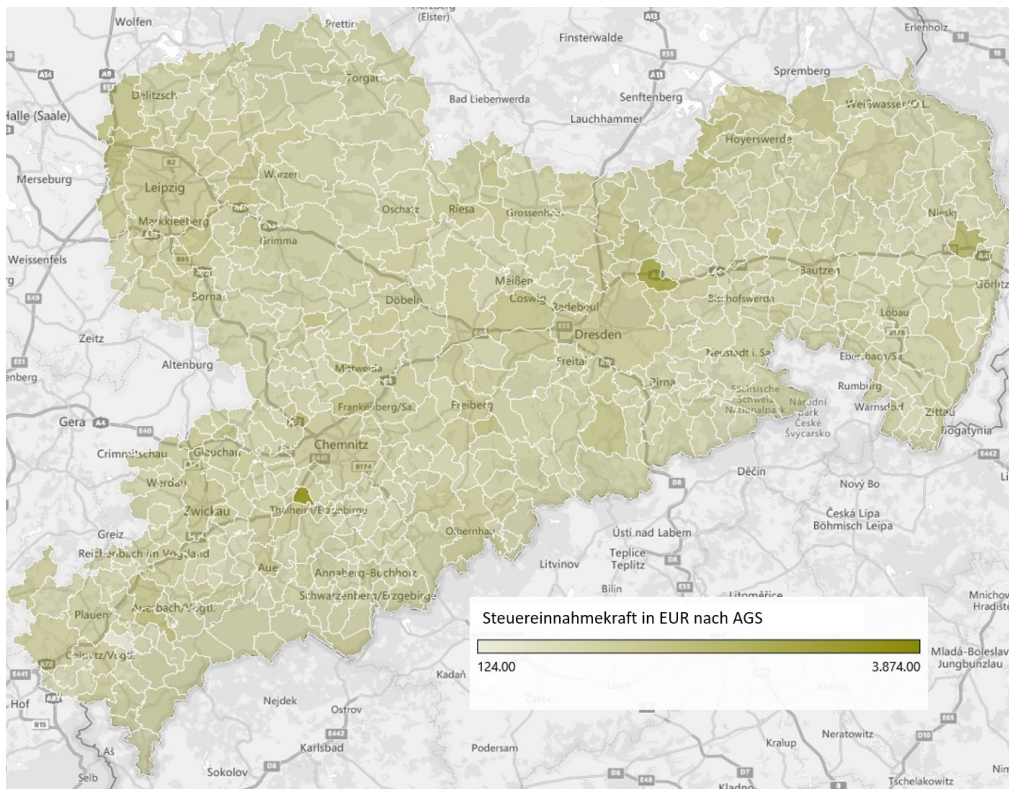


Abbildung 13: Steuereinnahmekraft je Einwohnerin und Einwohner in EUR (2019).



Abbildung 14: Personal im Kernhaushalt der Gemeinde je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (2019).

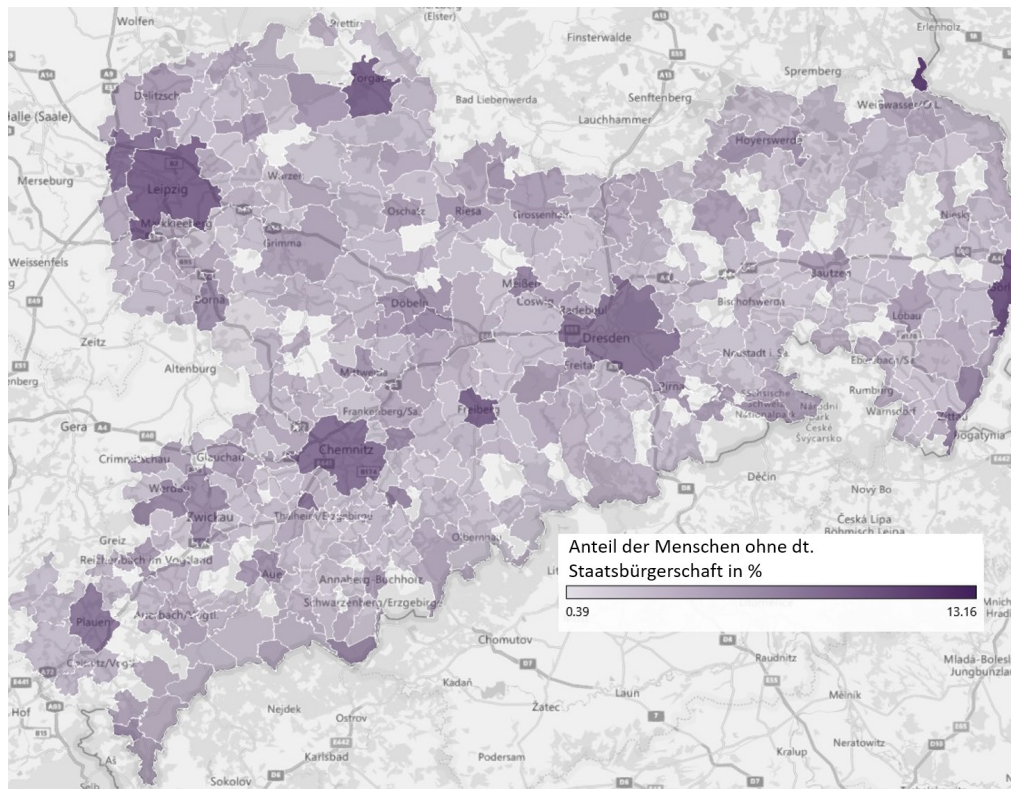


Abbildung 15: Anteil an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Prozent (2019). Für 85 der 419 politisch selbstständigen Gemeinden in Sachsen liegen keine Informationen zum Anteil an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft vor. Siehe hierzu Fn. 3.

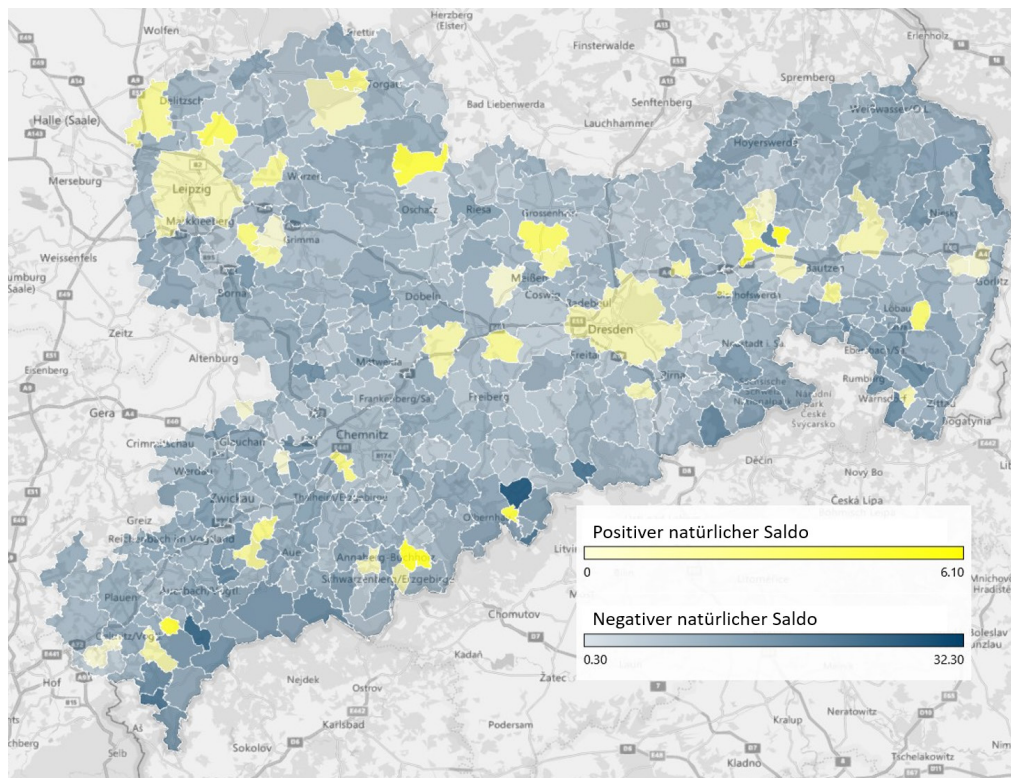


Abbildung 16: Natürlicher Saldo (Verhältnis Geburten und Sterbefälle) (2019).

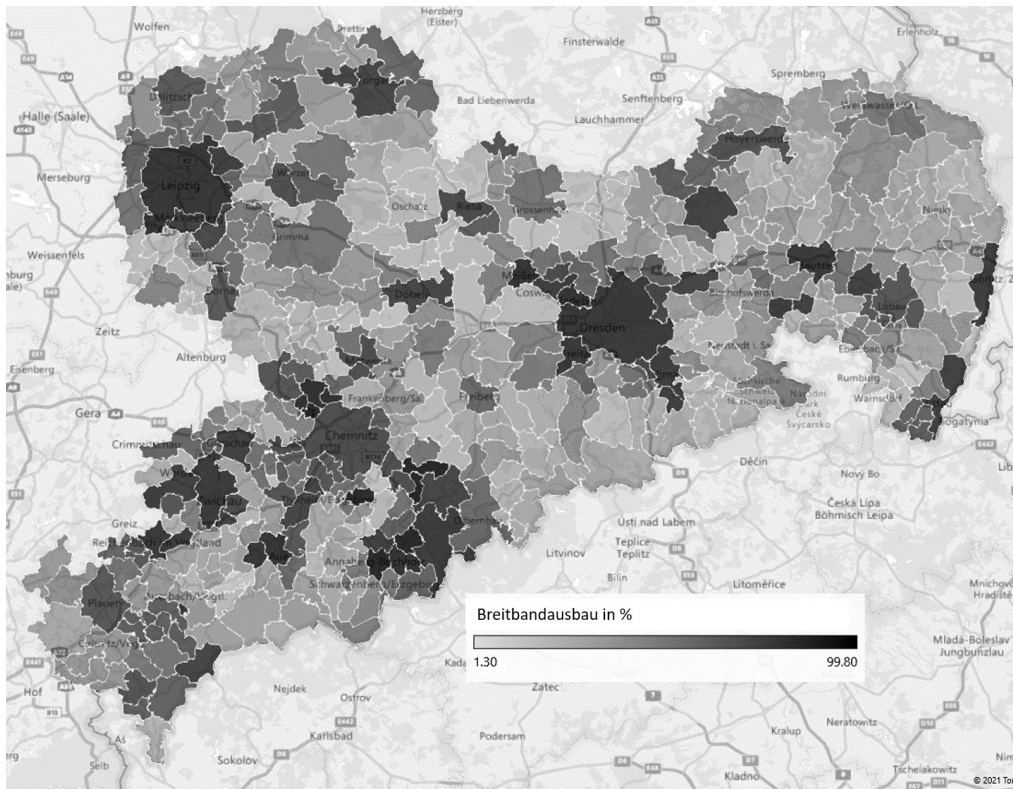


Abbildung 17: Anteil der Haushalte mit einem Breitbandanschluss von mind. 50 mBit/s in Prozent (2017).

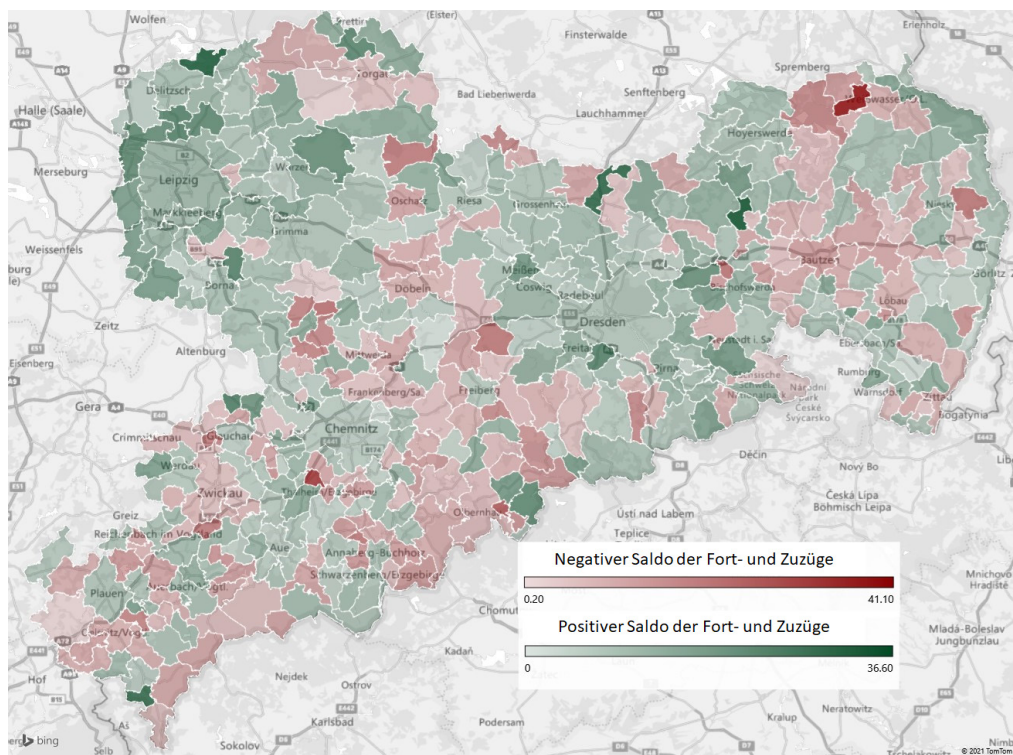


Abbildung 18: Überschuss der Zu- bzw. Fortzüge insgesamt je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (2019).

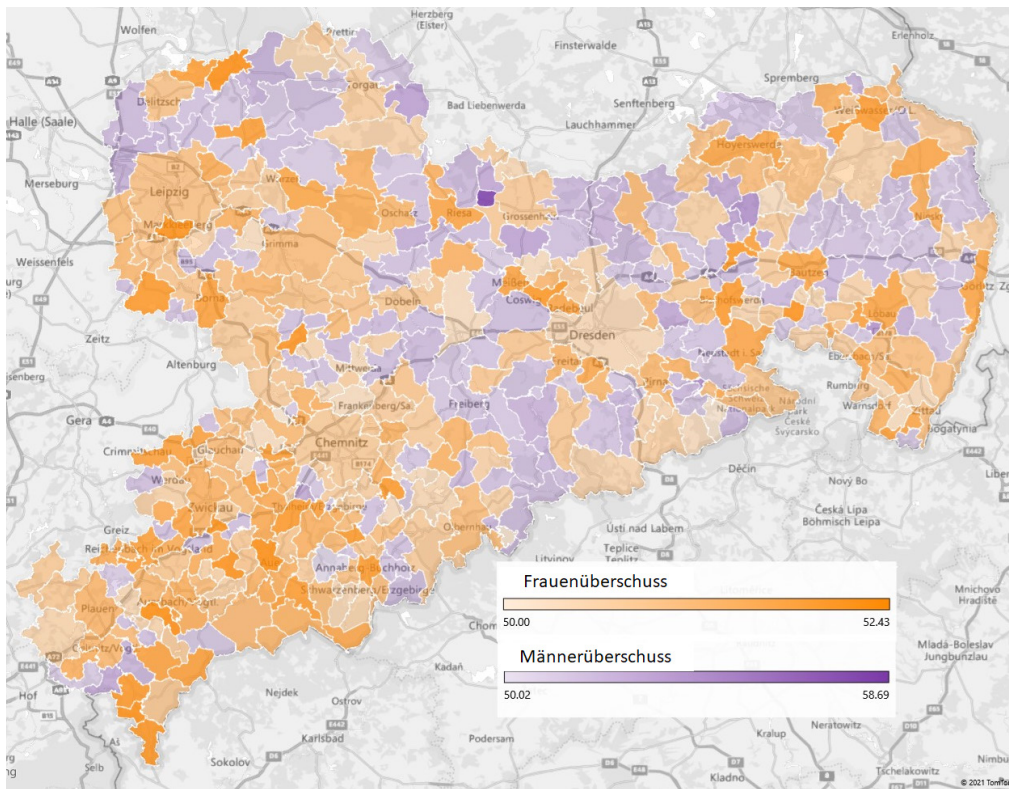


Abbildung 19: Geschlechterverhältnis (2019).



Abbildung 20: Index der Einwohnerinnen und Einwohner gewichteten Luftliniendistanz zu Supermarkt, Apotheke, Grundschule, Haltestelle des ÖPNV (2017).

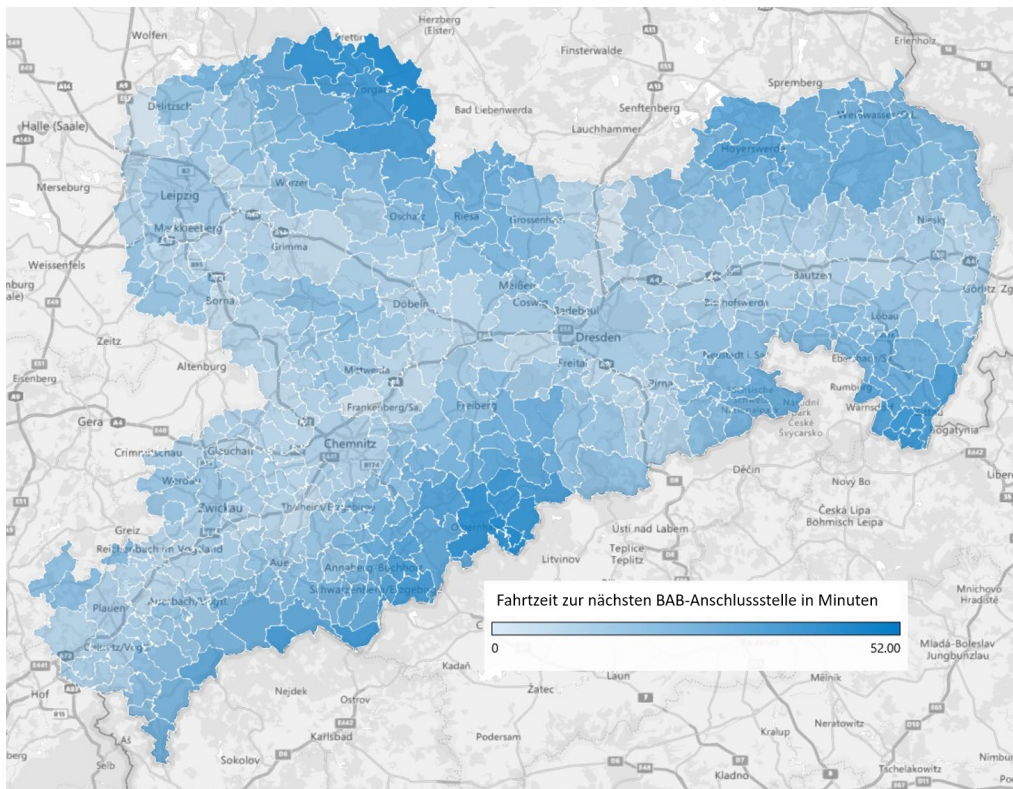


Abbildung 21: Durchschn. PKW-Fahrtzeit zur nächsten BAB-Anschlussstelle in Minuten (2017).

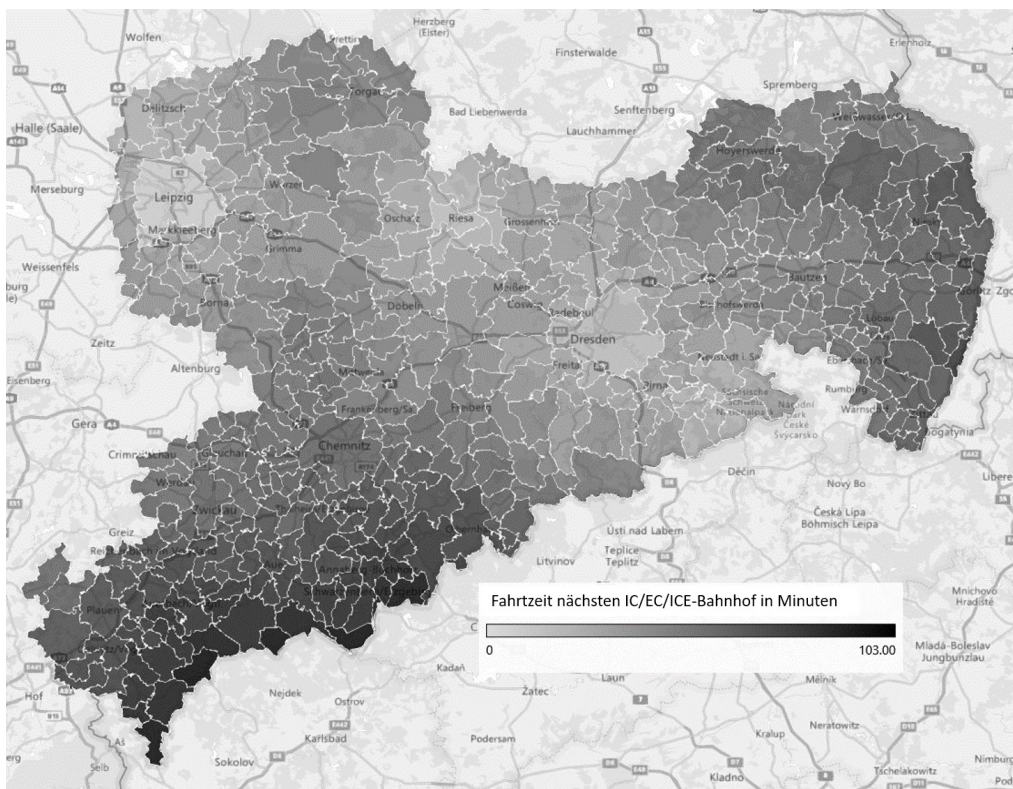


Abbildung 22: Durchschn. PKW-Fahrtzeit zum nächsten IC/EC/ICE-Bahnhof in Minuten (2017).

Tabelle A1: Lage- und Streuungsmaße der Variablen auf Gemeindeebene

Itemlabel	<i>n</i>	Mittelwert <i>M</i>	Standardabweichung <i>SD</i>	Min	Max	Schiefe	Wölbung
Zweitstimmenanteil AfD	419	32.59	5.50	17.33	48.39	0.18	2.93
Zweitstimmenanteil Bündnis90/Die Grünen	419	4.29	1.71	1.42	18.18	3.07	21.23
Zweitstimmenanteil CDU	419	35.37	4.57	25.42	60.72	1.22	7.05
Zweitstimmenanteil Die Linke	419	8.02	2.06	2.81	15.87	0.38	3.35
Zweitstimmenanteil SPD	419	6.51	1.75	2.77	12.57	0.28	3.18
Größe der Gemeinde (Bevölkerung)	419	9718.31	41789.74	349	593145	12.35	164.04
Anteil an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft	334	2.25	1.87	0.39	13.16	2.22	9.57
Natürlicher Saldo	419	-6.34	5.16	-32.30	6.10	-0.72	5.07
Saldo der Zuzug- und Fortzugsrate	419	1.98	9.08	-41.10	36.60	-0.05	5.28
Frauenanteil	419	50.32	1.18	41.31	52.44	-1.42	10.76
Schuldenstand je Einwohnerin und Einwohner	419	479.32	486.50	0	4091	2.48	13.34
Steuereinnahmekraft je Einwohnerin und Einwohner	419	793.93	306.30	124	3874	3.87	32.42
Personal im Kernhaushalt der Gemeinde je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner	419	10.39	5.09	0	36.15	0.48	3.93
Arbeitslose je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter	419	46.16	16.99	20.40	116.50	1.33	5.33
Anteil der Haushalte mit mind. 50 mBit/s	419	38.80	27.64	1.30	99.80	0.52	2.03
Durchschn. Pkw-Fahrtzeit zur nächsten BAB-Anschlussstelle in Minuten	419	16.16	11.62	0	52	1	3.49
Durchschn. Pkw-Fahrtzeit zum nächsten IC/EC/ICE-Bahnhof	419	46.59	23.27	0	103	0.21	2.26
Einwohnerinnen- und Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Haltestelle des ÖV mit min. 10 Abfahrten pro Tag	419	554.80	341.23	171	2206	2.00	7.10
Einwohnerinnen- und Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Grundschule	419	1786.16	878.06	546	9377	2.20	15.92
Einwohnerinnen- und Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Apotheke	419	2476.07	1589.47	469	8085	1.21	4.09
Einwohnerinnen- und Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Discounter/Supermarkt	419	1596.10	883.22	376	5526	1.35	5.79
Dichotome Variable „Gymnasium vorhanden = 1“	419	0.22	0.41	0	1	1.35	2.84

Tabelle A2: Regressionsmodelle

UV	Standardisierter Koeffizient (Standardfehler)					
	AfD	Bündnis90/Die Grünen	CDU	Die Linke	SPD	
Sozialstruktur	Größe der Gemeinde (Bevölkerungsgröße)	-0.14** (0.00)	0.47*** (0.00)	-0.12* (0.00)	0.18*** (0.00)	0.03 (0.00)
	Anteil an Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft	-0.07 (0.20)	0.15** (0.05)	-0.05 (0.14)	0.09 (0.07)	0.10 (0.07)
	Natürlicher Saldo	-0.12* (0.06)	0.06 (0.02)	0.21*** (0.05)	-0.12* (0.02)	-0.08 (0.02)
	Saldo der Zuzug- und Fortzugsrate	-0.20*** (0.03)	0.07* (0.01)	0.18*** (0.02)	-0.00 (0.00)	0.09* (0.01)
	Frauenanteil	-0.27*** (0.25)	0.15*** (0.07)	0.12* (0.20)	0.28** (0.10)	0.22*** (0.09)
	Wirtschaft	Schuldenstand je Einwohnerin und Einwohner	-0.12* (0.00)	-0.00 (0.00)	0.12* (0.00)	0.07 (0.00)
Steuereinnahmekraft je Einwohnerin und Einwohner		-0.06 (0.00)	-0.00 (0.00)	0.02 (0.00)	-0.02 (0.00)	0.04 (0.00)
Personal im Kernhaushalt der Gemeinde je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner		-0.08* (0.05)	0.03 (0.01)	0.01 (0.04)	0.08* (0.02)	0.08 (0.02)
Arbeitslose je 1000 Personen im erwerbsfähigen Alter		0.29*** (0.02)	-0.31*** (0.01)	-0.12* (0.02)	-0.15* (0.01)	-0.10 (0.01)
Infrastruktur	Anteil der Haushalte mit mind. 50 mBit/s	-0.04 (0.01)	0.11** (0.00)	-0.06 (0.01)	-0.00 (0.00)	0.07 (0.00)
	Durchschn. Pkw-Fahrtzeit zur nächsten BAB-Anschlussstelle in Minuten	0.04 (0.02)	-0.10* (0.01)	0.02 (0.02)	-0.11* (0.01)	-0.12* (0.01)
	Durchschn. Pkw-Fahrtzeit zum IC/EC/ICE-Bahnhof	-0.14* (0.01)	-0.23*** (0.00)	0.53*** (0.01)	0.08 (0.00)	-0.11* (0.00)
	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zu Stationen des täglichen Bedarfs	0.22*** (0.00)	-0.10* (0.00)	0.02 (0.00)	-0.09 (0.00)	-0.23*** (0.00)
	Gymnasium in der Gemeinde vorhanden	-0.16** (0.69)	0.15** (0.19)	0.02 (0.56)	0.16** (0.27)	0.01 (0.26)
R ²	0.39	0.61	0.34	0.38	0.27	
R ² (adjusted)	0.36	0.59	0.31	0.36	0.24	
N	334	334	334	334	334	
F	F(14, 319) = 14.48, p < 0,01	F(14, 319) = 35.67, p < 0,01	F(14, 319) = 11.53, p < 0,01	F(14, 319) = 14.10, p < 0,01	F(14, 319) = 8.53, p < 0,01	

Legende: + p < 0,1, * p < 0,05, ** p < 0,01, *** p < 0,001.

IMPRESSUM

Gesamtkoordination:

Marius Dilling, Johannes Kiess

Gestaltung:

Pia Siemer

Redaktion:

Tilman Meckel, Pia Siemer

Druck:

Merkur Druck Leipzig

www.efbi.de

SACHSEN



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.